

Standpunkt gewonnen zu haben scheint, den Freier von Hertling den Parteien gegenüber einnimmt. Bei diesem Teil der Unterhaltung hat sich Freiherr v. Hertling mit Nachdruck auf die in seiner Programmrede vom 5. März 1912 aufgestellten Grundzüge bezogen. Der Ministerpräsident hat in seiner Rede, wie bekannt, klar Ausdruck gebracht, wie er sich zu den politischen Parteien stellt, und insbesondere seine Anschauungen über sein Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien in die Hoffnung zusammengefaßt, daß sie sich, nachdem sie sich ausgesprochen haben, unter Zurücklassung der trennenden Gegensätze, unter Zurückstellung des Habens, zu positiver Arbeit zusammenfinden werden.

Der Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ versichert nun zwar, er halte seine Darstellung in jedem Punkte aufrecht, aber die Zentrumspresse wird Herrn v. Hertling mehr glauben, und Herr v. Hertling wird in Zukunft wohl der Versuchung widerstehen, auf dem Umwege über einen liberalen Journalisten bei den Liberalen um etwas besseres Wetter zu bitten. Er muß sich schon damit abfinden, daß er ein Zentrumsminister ist.

Die Konservativen gegen Bethmann-Hollweg.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in einem Leitartikel zum Ausdruck:

„Jede Regierungspolitik muß feste Ziele haben, wenn sie nicht der unter allen Umständen bedingungslossten Ziellosigkeit verfallen will. Nur die Regierung kann wirklich Vertrauen wecken, die weiß, was sie will, und die wenigstens eine gewisse Klarheit darüber schafft, daß sie das will. Wir können nicht verschweigen, daß in den rechtsstehenden Kreisen das Vertrauen zum Kanzler, das ihm zuerst fast allenthalben entgegengebracht wurde, schwankend zu werden und nachzulassen beginnt.“

Die Konservativen haben dem Reichskanzler die grausame Abrechnung nicht vergessen, die er mit ihnen und ihrem Führer Seydewitz vorgenommen hat. Es war am 10. November 1911, als im Reichstage die von den Konservativen besonders betriebene Note gegen England aus Anlaß der Marokko-Affäre besprochen wurde. Der Reichskanzler machte damals dem Abgeordneten v. Seydewitz den Vorwurf, daß er seine eigene Regierung vor der ganzen Welt geschildert habe. Bethmann-Hollweg fuhr dann fort:

„Meine Herren, ich muß es weiter behaupten, daß in diesem Hause über unsere Beziehungen zu einem fremden Staate, mit dem wir in normalen Beziehungen stehen, in einem Tone gesprochen worden ist, der vielleicht in Wahlversammlungen nützlich (Sehr gut! links.), aber der in einem seiner Verantwortung bewußten Parlamente nicht üblich ist. (Beifall links.) Wenn ich im Bewußtsein meiner Verantwortung abgewogene Worte über die Nebenbender Staatsmänner spreche, so kann und soll dies zu einer Klärung unserer internationalen Beziehungen führen. Leidenschaftliche und alles Maß übersteigende Worte, wie die des Herrn v. Seydewitz (Sehr richtig! links. — Hör! hört!) mühen Parteinteressen dienen, — das Deutsche Reich schädigen sie. (Lebhafter Beifall und Hör! hört! links und bei den Sozialdemokraten.)“

Meine Herren, es sind Kräfte — auch das muß ich offen aussprechen — es sind dabei überall Kräfte im Spiele gewesen, die mehr mit den bevorstehenden Wahlen als mit Marokko und dem Congo zu tun haben. (Sehr richtig! in der Mitte und links.) Das muß einmal offen ausgesprochen werden. (Sehr gut! links.) Aber, meine Herren, wenn es so dargestellt worden ist, in den Zeitungen und in der Presse, als ob unser Vaterland Not lide, als ob wir vor dem Zusammenbruch als Nation ständen, so ist das nicht in den Tatsachen begründet. Um utopischer Erörterungspläne und um Parteizwecke zu bringen, das heißt den Patriotismus kompromittieren und ein wertvolles Gut vergeuden. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte, vereinzelter Beifall bei der Reichspartei.)“

Die „Konservative Korrespondenz“ brachte dann eine partiell-offizielle Erklärung, der folgender Passus entnommen sei:

„Was die konservative Partei anlangt, so hat ihr Redner an dem Abkommen selbst nur eine das Maß des sachlich Zulässigen mit keinem Worte überschreitende Kritik geübt. Sie empfindet es als eine schwere Kränkung, wenn ihr vorgeworfen wird, sie habe eine nationale Angelegenheit zum Anlaß eines wahltaktischen Wanders benutzt. Nach ihrer Vergangenheit sollte die konservative Partei gegen solche Vorwürfe geschützt sein.“

Es war vorauszusetzen, daß die Konservativen diese Zeichnung von dem Reichskanzler nicht ungenutzt hinnehmen werden, und daß sie nur auf eine Gelegenheit warten, um Herrn v. Bethmann-Hollweg einen Vorstoß ihrer Macht zu geben. Die gegenwärtige Zeit scheint den Herren um Seydewitz dazu besonders geeignet zu sein, und deshalb darf man in den Auslassungen des agrarischen Wäldes jedenfalls einen ersten Anlauf zu einer Strafprobe erblicken.

Die warnende Stimme Erzbergers.

Eine kleine Anfrage hat der Abgeordnete Erzberger schon jetzt im Bureau des Reichstages, der bekanntlich erst Ende November oder gar Anfang Dezember zusammengetreten wird, eingereicht.

Sie lautet: A) Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der ehemalige Beschlüßhaber des französischen Mittelmeergeschwaders, Viceamiral Germinet, es als seine persönliche Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß England und Frankreich den Fernostkanal mit Recht als englisches und französisches Gewässer ansehen und im Falle einer Kriegserklärung sofort den neutralen Mächten das Verbot der Schifffahrt durch den Fernostkanal bekannt geben? B) Hat der Herr Reichskanzler Inhaltspunkte, inwiefern diese das Völkerrecht schwer verletzend die persönliche Ueberzeugung des französischen Admirals von den Regierungen in London und Paris geteilt wird? C) Welche Vorbeugungs- und Abwehrmaßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler in Gemeinschaft mit den in erster Linie interessierten neutralen Mächten gegen solche Absichten alsbald zu ergreifen?

Was preussische Richter für „Standesgemäß“ halten.

Eine Entscheidung, die für die Geschäftswelt von großer Bedeutung ist, ist jetzt vom Berliner Landgericht als der Berufungsinstanz befaßt worden. Der Sachverhalt ist folgender:

Die Frau des Kaufmanns P. übertete eines Tages zu ihrem Gatten, sie habe den brennenden Wunsch, auch eine wahlende Kleinfrau zu besitzen, wie ihre Freundinnen. Doch der Knappheit seiner Geldbörse vermochte Herr P. dem Wunsch seiner Gattin nicht zu widerstehen und kaufte auf Kredit eine Kleinfrau für 50 Mark. Als der Zahlungstermin heranrückte, erklärte P., er könne nicht zahlen, und in der Tat vermochte der Kleinfrauhändler auf dem Zivilrechtsweg gegen P. nichts auszurichten, da dieser bereits manifestiert hatte und nichts Pfändbares vorhanden war. Der Händler verklagte nunmehr die Ehefrau. Das Amtsgericht und das in der Berufung angeordnete Landgericht wiesen aber die Klage des Händlers gegen Frau P. ab! Der Ehemann habe für den „Standesgemäßen“ Unterhalt der Ehefrau zu sorgen. Dazu gehöre auch die „Standesgemäße“ Bekleidung.“

Wenn ein armer Familienvater für seine mit nackten Füßen in lüsterer Mütze umherlaufenden Kinder sich auf gleiche Art Schuhe zu beschaffen weiß und nicht bezahlen kann, dann wird er sicher wegen Betrug verurteilt. Niemand darf deshalb aber behaupten, die Richter üben Klassenjustiz.

Eine Warnung gegen den Jungdeutschlandbund.

Das Treiben des Jungdeutschlandbundes scheint auch den Schulbehörden wider den Strich zu gehen. Das rheinische Provinzial-Schulkollegium erließ eine Verfügung an die ihm unterstellten Anstalten, worin es erklärt, daß es sich nicht empfehle, die Schüler höherer Lehranstalten und der Präparandenschulen dem Jungdeutschlandbund zuzuführen, so sehr es sonst die Bestrebungen des Bundes zu unterstützen bereit ist. Die Schüler fanden in Schülervereinen hinreichende Gelegenheit, sich körperlich zu betätigen. Eine Beteiligung an Vereinen außerhalb der Schule könne leicht dazu führen, die bereits durch Spiel und Sport nicht selten übermäßig in Anspruch genommene Jugend mehr als wünschenswert in den ersten Pflichten der Schule lässig zu machen.

Diese Verfügung gefällt der scharfmacherischen „Post“ nicht im geringsten. Neugierisch bemerkt sie, daß gerade die Beteiligung der Schüler höherer Lehranstalten und die damit verbundene Kameradschaft der Jugend aller Stände ein sozialer Faktor sei, dessen Bedeutung man kaum hoch genug veranschlagen könne.

Zur Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin haben die preussischen Bischöfe zur Aufhebung des Jesuitengesetzes eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet.

Die Beschlüßfrage. Nach einer Meldung der „Kölnischen Rundschau“ wird die Ministerkonferenz, die sich mit der Beschlüßfrage beschäftigt, im November in Berlin stattfinden. Die Entscheidung des Reichstages über die Einführung einer Beschlüßsteuer im Reich wird im Laufe des Monats Oktober an die Verblüdeten Regierungen gehen. Die Notiz schließt: Es besteht die Absicht, angesichts der Wichtigkeit der Materie zu verfahren, eine einmütige Willensfindung der Verbündeten Regierungen zur Beschlüßsteuerfrage herbeizuführen.

Jum Konflikt in Deutsch-Südwestafrika erklärt die „Allg.-Westf. Ztg.“ an amtlicher Stelle: Das Kabeltelegramm einer kolonialen Korrespondenz aus Windhuk enthält in seinen Einzelheiten jeder Grundlage. Die sehr bedrohlich klingende Meldung gehört ins Reich der Fabel. Die vom Gouverneur Windhuk hierhergelandte Nachricht von der Veranlassung einer kleinen Wunde entspricht vollständig den Verhältnissen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dieses unbedeutende Vorkommnis in aufgeschwulsteter Form weitergetragen wurde und dadurch Veranlassung gab zu der Meldung der kolonialen Korrespondenz. Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß die amtliche Meldung später abgeändert ist. Schon die Nachricht, daß Simon Roper aus entlegener Gegend ausgebrochen sei, mußte ersten Zweifel bezeugen. Es liegt mir nicht fern, die genaue Ursache zu irgendwelchen Beunruhigungen vor, da mit der Veranlassung der Wunde die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann.

Internationale Arbeiterschulungskonferenz. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden, es sei zu erwarten, daß der Schweizerische Bundesrat demnächst eine Einladung zu einer zweiten internationalen Arbeiterschulungskonferenz ergreifen lassen wird, die von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz angeregt worden sei. Der Schweizerische Bundesrat habe der Anregung zugestimmt. Die Konferenz soll sich mit dem Maximalarbeitsstag für Frauen und Jugendliche beschäftigen. Die erste derartige Konferenz fand im Jahre 1906 in Bern statt. Sie beschäftigte sich im wesentlichen mit der gesetzlichen Nacharbeit für Frauen.

Der Arbeitsschulungskongress in Hamburg. Am Donnerstag begann in Hamburg der 7. Deutsche Arbeitsschulungskongress, der durch Dr. Freund eröffnet wurde. Anwesend sind Vertreter der Senate Hamburg und Lübeck, des Reichsamts des Innern, des Reichsmarineamts, des Kaiserl. Statistischen Amtes, der Regierungen von Sachsen, Baden, Württemberg, Sachsen-Weimar, der Landesregierungen von Hannover, Westfalen, Vorpommern und Brandenburg, des Oberpräsidiums und Regierungspresidium von Schleswig, des österreichischen Handelsministeriums und des dänischen Ministeriums des Innern. Der Kongress ist sehr stark besucht. Die Verhandlungen begannen mit einem Referat des Reichsrates Dr. Fischer-Milnberg über die bisherige Wirkung des Stellenvermittlungsgesetzes und die sich aus ihr ergebenden Reformvorläufe.

Abortgespräche. Die Zentrumspresse läßt sich auch über den Parteitag der Sozialdemokratie in Chemnitz berichten. In dieser Verlesung lehrt, wie der Bericht der Dortmunder „Armonia“ zeigt, die alte Magime wieder, Gespräche einzelner Leute auf dem Parteitag auszuwählen. Die angeblichen Äußerungen werden scharf und als „Stimmungsbild der Genossen“ den gläubigen Zentrumslesern vorgelegt. Sie erinnern an die berühmten auch von der christlich-zentrumslichen Presse benutzten „Abortgespräche“ nach stattgefundenen Versammlungen oder bei sonstigen Gelegenheiten. Da hat der eine Genosse am stillen Ort sich so, der andere anders geäußert. Und keiner von den beiden ahnte, daß ihnen ein skurriler Zentrumsmann das Gespräch ablauschte. Mit einem Wort: Berichtserstattung aus dem Abort — denn der Erstfindergestalt der Zentrumschristen ist groß! So auch anlässlich des sozialdemokratischen Parteitages in Chemnitz.

Verbrüderung zwischen Zentrum und Nationalliberalen. Die Bochumer Zentrumsführer sind gegenwärtig dabei, ihre Partei für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen mit Haut und Haaren den nationalliberalen Schwärzern zu verschreiben. Die „Allgemeine Westfälische Zeitung“ berichtet, daß die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Bochum unter dem Zeichen der Abmachungen zwischen dem Zentrum und der nationalliberalen Partei stattfinden werden. Die Verhandlungen hierüber seien eingeleitet. Das Zusammengehen der beiden Parteien hänge mit dem Zusammengehen bei der letzten Reichstagswahl zusammen.

Kann diese Nachricht auch nach dem unwürdigen Vorbild bei den Reichstagswahlen nicht überraschen, so ist die Tatsache der völligen Verbrüderung doch darum nicht minder charakteristisch; fällt sie doch just in die Zeit, wo die christlich-scharfmacher gegen die von ihnen Kompromißbrüder ausgehaltenen gelben Werkzeuge zu Felde ziehen und zu diesem Zweck logen von den nationalliberalen Schwärzern unterhaltenen Abgezuckerten Schwamm vor ihren Wagen gespannt haben, wie das auf dem kürzlich abgehaltenen christlichen Gewerkschaftsfeste in Bochum geschehen ist.

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Soltel.

89

Fünfundvierzigstes Kapitel.

In einem kostbaren Pelzmantel gehüllt, einen Samthut mit Reherfedern auf dem dunklen Haar, empfing „Madame Barbe“ eine halbe Stunde vor Mitternacht ihren Lieben Freund, vollkommen wie eine Dame von Welt einen Bekannten aus der Welt empfängt.

„Sie haben mich nicht erkannt“, — so begann sie in nicht korrektem, doch leicht fließendem Französisch, — „und das ist mir begreiflich; denn erstens habe ich mich verändert, und wie ich fürchte, nicht zu meinem Vorteil, weil die Bildung viel Mühe macht und mir die Nerven angeht; zweitens kennt man nun wieder, was man einmal erkannt hat, — und ich bin Ihnen von jeher ziemlich gleichgültig gewesen! Dagegen erkannte ich Sie augenblicklich. Und das ist auch leicht zu begreifen. Sie haben sich wenig verändert oder gar nicht — außer daß Sie ein Mann geworden sind. Und was man liebt, vergißt man nicht.“

Ich verzehre mich in Neugier, zu erfahren, was sich mit Ihnen begab, seitdem wir uns trennten; nicht minder was Sie hier treiben. Damit ich Ihnen nun eine Verbindlichkeit auferlege, mir Ihre Geschichte zu erzählen, hören Sie zuerst die meinige. Ein Vertrauen ist dann des anderen wert. Ich will aufrichtig sein und erlaube von Ihnen das Beste.

Gleich nachdem ich Theobors Mätresse geworden, in meinen vier Pfählen lag, begriff ich, daß mir not tue zu gewinnen, was man höheren Anstich nennt. Für die Haut war bald gesorgt; diese streicht man wirklich an, wie sie heute vorzüglich an der matrigen bemerkt haben werden. Doch auch den sogenannten Anstich von Erziehung mußte ich erlangen, wollte ich mich auf meinem Platze behaupten. Gute deutsche Sprache ist mir zu schwierig, noch aus meiner Kindheit hatte ich davon genug. Theodor mußte mir einen französischen Lehrer halten. Dieser unterrichtete mich fleißig, und ich lerne noch fleißiger. Aber war das ein Jahr! Eingeschlossen in einer halbverfallenen Wohnung vor dem Lore, ohne frühlichen Umgang, ohne Freiheit, den ganzen langweiligen Tag wie ein Kind in der Schule! Es war fürchterlich! Aber ich wollte, — und der Wille vermag alles. Hüte ich für jene toten Tage lebendige Mühe gehabt, dann wäre mir's leichter gewesen. Doch die Nacht führte mir ihn zu, den ich nicht liebe, wie Sie wissen; den ich zu Lieben vorgebe, weil — weil er reich ist. Noch heute ist nicht imstande zu bestimmen, was mir unerträglich

schien; ob die Verstellung gegen Theodor, ob die Pein des Lernens und der Zwang, den euer Anstand mir auferlegte.

Unser Verhältnis wurde so geheim gehalten; Theodor führte alles mit der ihm angeborenen Heuchelei so schlau und pfiffig durch, daß der Alte keine Ahnung davon bekam. Mit zwanzig Jahren wurde mein junger Herr wegen seines musterhaften Wohlverhaltens für großjährig erklärt und Liebenau ihm förmlich übergeben.

Weil ich jetzt einmal Liebenau erwähnen will, ich meinen Bericht über mich unterbrechen und Ihnen geschwind sagen, wie es jetzt dort steht. Ich empfinde in meiner Brust, wie fleißig Ihre Sehnsucht sein muß, zu erfahren, was aus den Genossen Ihrer Kindheit wurde. Also in zwei Worten: des Pastors ältester Sohn, Julius, der seit kurzer Zeit von der Unberührt betrogen ist, wird seinem alten, ganz hinfälligen Vater zur Seite gesetzt und auf Wunsch der Gemeinde, die mit seiner Probepredigt zufrieden war, bereinst Pastor werden. Er steht im Begriff, die älteste Tochter des vormaligen Besitzers, Karoline, zu heiraten. Der zweite Sohn, Robert, ist im Examen durchgefallen. Theodor hat ihm vorprophetisch, ihm die Stelle eines zweiten Notwärters zu geben, weil der alte Vater sich dafür verbürgt, daß der dumme Junge immer mehr Neigung zu Pferden und Ochsen als zu den Büchern gezeigt habe. Er ist verlobt mit Emilie. Ich habe meinen ganzen Einfluß aufgeben, diese höchst bescheidenen Wünsche zur Erfüllung zu bringen. Warum? — Je nun, weil ich meinte, es würde einem gewissen, bei Nacht und Nebel dahingelaufenen Kardinalmönchs die besten Freuden machen, in weiter Ferne von der Heimat, Gott weiß wo, davon zu vernehmen. Für meine Nebenbuhlerin, für Ottilie oder, wie Ihre Sie immer nannte, „Telestine“ blieb nichts zu tun, denn sie begreife nichts. Das einzige Ziel ihres Lebens, wie es scheint, hat sie erreicht; sie bewohnt das kleine Häuschen, in dem Lott Körbe kocht, versteht mit niemand, auch nicht mit ihren Schwestern, die sich bald nach des Barons Tode beim Schulmeister eingemietet haben; besucht allmählich den Pfaffen, wo sie das Grabkreuz der alten Großmutter sah mit Kränzen schmückt; geht nur schwarz gekleidet; lebt sozusagen von nichts und trotzt gebuldig zur alten Jungfer zusammen.

Nun wieder zu mir. Kurze Zeit nachdem Herr Theodor von der Welt selbständig gemacht war, starb sein Vater. Wir zogen nach Liebenau. Der edle Jüngling zeigte anfänglich nicht übel Lust, ohne mich den Güttern zu spielen, und verjagte in ohnmächtigem Hochmut mir deutlich zu machen, daß unser Zusammenwohnen seinem Rufe als Zügelmeister schaden müsse. Doch blieb es beim Verjagen. Ich bin nicht dazu aufgelegt, zu gehorchen, mich zu fügen, ich setze natürlich meinen Willen durch, und bald war er bösig unterjocht. Was

ich wünschen ließ, unsere Verbindung möge wenigstens den Anschein des Geheimnisses erhalten, ließ mich eben verlangen, sie sollte öffentlich werden. Mein Sieg wurde so vollständig, daß er mir in seiner Angst den Antrag machte, mich zu heiraten. Doch diesen Vorschlag wies ich auch entschieden zurück. Was wäre mir das? Gefährlich an ihn gebunden? Er nach Recht und Gerechtigkeit mein Gatte, das heißt: mein Herr? Nein! Ich will frei bleiben, und er muß gebunden sein. Gebunden durch seine unbeflegbare Leidenschaft! Ich frei, weil ich nichts für ihn empfinde; weil seine Lust ihn zum Spielball meiner kalten Besonnenheit macht. So stehen die Sachen.

Weiblichen Besuchs haben wir natürlich auf unserem Schloß in Liebenau nicht empfangen. Junge Herren in Masse. Dieß brauchte ich, um meinen Unbeter fortzubringen in Atem zu erhalten. Eigentlich eifersüchtig zu werden erlaubt ihm seine seltsam machende Eitelkeit nicht; doch gibt er sich Mühe, stets zu gefallen, damit kein anderer auch nur einen freundlichen Blick von mir gewinne. Und so will ich's haben. Außerdem habe ich ihn zum Spieler werden lassen. Etwas muß er doch sein. Die Arbeit seiner Gesellschaft fand kein anderes Mittel, ihre Zeit zu töten. Da sind nun einige dieser Kumpans nach Paris gereist. Ich, vom ersten Augenblick meines öffentlichen Auftretens als maitresse en titre für eine Französin aus den Kolonten geltend, gab den Anlaß dazu. Ich wünschte mir eine große Stadt; in Deutschland gibt es streng genommen keine solche. Er eilte hierher, um zu spielen, — er groß! Ich, um — ich mußte selbst nicht recht warum. Wusste es noch nicht, als ich hier meinen Einzug hielt! Jetzt weiß ich's! Und nun ist mein Bericht zu Ende.“

Anton hatte schon bei Erwähnung dessen, was sie für seine Gespielen in Liebenau Günstiges erwirkt, dankbar ihre Hände ergreifen wollen, die sie aber rasch zurückzog. Jetzt sprach er seine Erkenntlichkeit in Worten aus und fügte hinzu: „Wenn ich nur wüßte, wie ich Ihnen genugsam danken könnte für diesen Beweis von Herzengüte und freundlicher Erinnerung an mich.“

„Das ist sehr leicht“, erwiderte „Madame Barbe“: „Sie dürfen mir nur, ohne Rückhalt, ohne Verschönerung irgend eines Details, in nackter, unerbüllter Aufrichtigkeit erzählen, was Sie erlebt haben, seitdem Sie mich von Ihrem leichten Nachlager auf so unliebendwürdige Art verschrieben. Es muß viel mit Ihnen vorgegangen sein. Das spricht aus Ihren Augen, aus Ihrer Haltung, Ihrem ganzen Benehmen. Wir haben uns hin und her drei Jahre lang ein wenig forniert, — bei Ihnen mir das wahrscheinlich tiefer gedrungen sein als bei mir, wo nur die Hülle verändert ward. Untendrin bin ich noch... davon nachher. Jetzt will ich hören.“

Russland.

Rußland.

Dungerstreik und Selbstmorde. In dem Kurlandschen Gefängnis in Rerikshin, in dem politische und andere Zwangssträflinge interniert sind, brachen Unruhen aus, nachdem ein Strafling namens Brillan für Grobheit zuerst durch Karzer und dann durch Mißhandlungen bestraft worden war. Hieraus erfolgten die Gefangenen den Hungerstreik, dem mehrere Selbstmordversuche folgten, von denen bisher vier tödlich verlaufen sind. Die Gefangenen vergiften sich durch Cyanid, das sie sich heimlich besorgten. Die Unruhen sind auch auf die übrigen sechs Gefängnisse für Zwangssträflinge übergesprungen, weil die Behandlung der Gefangenen angeblich zu grausam sei. Einzelheiten fehlen, da die Regierung die telegraphische Verbindung mit Rerikshin unterbrechen ließ.

Verhaftung finnländischer Bürgerwecker. Aus Petersburg wird gemeldet: In den letzten Tagen ist ein scharfer Konflikt zwischen finnländischen und russischen Behörden ausgebrochen. Die Stadt magistrat von Wiborg und anderen Städten haben aus entsetzliche die Anwendung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Russen mit den Finnländern verweigert, weil das von der Reichsduma und dem Reichsrat angenommene Gesetz vom finnländischen Senat verworfen worden ist. Der Konflikt wirkt umso erregender auf die Finnländer, als die Petersburger Regierung die Verhaftung der widerrechtlichen Magistratsbeamten angeordnet hat, die sich der Durchführung des nicht verfassungsgemäßen Gesetzes angenommenen Gesetzes widerten und hohen Mut an den Tag legten.

Türkei.

Ein neuer Albaneseaufstand. Wie aus Kostäb gemeldet wird, haben Soldaten der Garnison Skutari 25 christliche Wauern ermorde. Die Lage beginnt wieder ein ernstes Aussehen anzunehmen, da die Albanesen einen neuen großartigen Aufstand vorbereiten.

Nach einer Meldung des Wall von Skutari werden Skutari und Durazzo von großen Massenscharen bedroht. Es sind Truppen zum Schutze dahin entsandt worden. Der Wall hat sich auch an Ibrahim Wajcha nach Kostäb gewandt mit der Bitte, die Verantwörtlichen zu verhaften, vier- bis fünftausend Mann nach Skutari und Durazzo zu schicken. Die Lage soll dort sehr ernst sein; es fehlen jedoch infolge Störung des Telegraphendienstes nähere Nachrichten.

Frankreich.

Der Kampf der Lehrer. Aus Paris verläutet, daß die Unterzeichner des Aufrufes des Lehrersyndikats vor den Disziplinarrat gestellt werden sollen. Insbesondere dürfte gegen den Generalsekretär des Verbandes Chalopin, der zum Präsidenten des gegenwärtig in Paris tagenden Kongresses des Allgemeinen Arbeiter-Verbandes gewählt wurde, die Abweisung beantragt werden. Der Obmann der Berufsvereine der Lehrer, der sogenannten Amicales, Roussel, erklärte einem Berichterstatter, er habe den Aufruf des Syndikats unterzeichnet, um der in der Lehrerschaft herrschenden allgemeinen Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Die Lehrer seien erbittert darüber, daß die verschiedenen Regierungen seit mehreren Jahren nichts getan hätten, um die verfallene Schule zu schützen. Niemals wäre es so weit gekommen, wenn die Regierung denselben Oifer bei der Verteidigung der verfallenen Schule gezeigt hätte, wie z. B. bei der Verteidigung des Verhältniswahlsystems. Wiederholt hätten verschiedene Unterrichtsminister die bestimmte Zusage gemacht, daß die Gehälter der Volksschullehrer erhöht werden sollten. Doch ist in dieser Hinsicht nichts geschehen. Auch dies habe große Unzufriedenheit erweckt. Frankreich gehöre unter allen großen Staaten zu denjenigen, die ihre Volksschullehrer am schlechtesten bezahlen. Die Folge sei, daß ein großer Mangel an Lehrern eingetreten sei, ein Umstand, der schließlich eine schwere Schädigung der verfallenen Schule herbeiführen müsse.

Amerika.

Die Vereinigten Staaten als Vormund. Das Staatsdepartement hat an den Gesandten in Nicaragua eine Mitteilung für die Regierung und für die Aufständischen geschickt. Die Note erklärt, es sei die Absicht der Vereinigten Staaten, die verfassungsmäßige Regierung zu unterstützen. Freie Wahlen würden den Regierungen eine mächtige moralische Stütze gegen die Aufständischen gewähren. Gewalt würde angewendet werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung des Verkehrs und für den Schutz der Gesandtschaften notwendig sein werde. Obwohl die Note an Nicaragua gerichtet ist, wird sie doch als Warnung für alle südlichen Republiken betrachtet.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Ostau, 19. September. In einem Fischerkahn über das Oberwehr. Gestern früh fuhr der Arbeiter Troche aus Bergel vor dem Wehre über die Oder. Da aber bei dem hohen Wasserstande der Oder der Strom stark geht, so geriet der Unglückliche immer näher an das Wehr. Eine Hilfe zu bringen, war unmöglich und so trieb der Strom mit einer Schnelligkeit den kleinen Kahn über das Wehr. Der Junge wurde herausgeschleudert und geriet in die Wellen. Ein unterhalb liegender Dampfer eilte sofort zu Hilfe und so war es möglich, den Verunglückten zu retten. Wäre der Dampfer nicht in der Nähe gewesen, so hätte die Oder wieder ein Opfer mehr gefordert. Der Kahn wurde von den Wellen vollständig zertrümmert.

Bernstadt, 20. September. Opfer der Arbeit. Der Arbeiter Wobbel aus Buchwald stürzte hier von einem Neubau herab und blieb tot liegen.

Canth, 20. September. Ueberfall. Auf einer Wiese bei Groß-Scholtau an derselben Chausseestrecke wurde der Dachdecker Hansel aus Polonski bei Canth auf dem Nachhausewege von mehreren polnischen Arbeitern des Dominiums Groß-Scholtau angefallen und derart mit Messern be- arbeitet, daß er alsbald am Tatorte verstarb.

Guchsmühl, 20. September. Töblicher Unglücksfall. Der Knecht Wilhelm Schabe vom Dominium Guchsmühl erhielt heute den Auftrag, eine Fuhrer Gerste vom Vorwerk Waldhof nach dem Dominium zu fahren. Unterwegs wurde er auf dem Wagen von Krämpfen befallen, stürzte infolgedessen vom Wagen und die Kräfte gingen ihm über Brust und Kopf. Er wurde nach seiner Wohnung getragen, wo der sofort herbeigerufene Arzt nur seinen Tod konstataren konnte. Wüste der Arbeitgeber nicht, daß kein Knecht an Krämpfen litt? Er dürfte ihn doch dann als Kuli oder garnicht beschäftigen.

Bunglau, 20. September. Von einem Storch ver- legt. Bei der Herrichtung einer Futterstelle für das Wild wurde der Arbeiter Brettknecht aus Niederleichen von einem Storch angegriffen und mit dem Geweihschwerer verletzt. Da das erkrankte Tier nicht abließ, immer wieder den Arbeiter niederzustößen, konnte dieser nur dadurch aus seiner gefährlichen Lage befreit werden, daß der auf die Pflanzung herbeigekommene Förster den Storch erschoss. Der Arbeiter mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Stieberg, 20. September. Verlodnung für Lebens- rettung. Dem Zimmermann Johann Kistner in Culek, der am 20. Juni das Dienstmädchen Emilie Vögler in Stieberg vom Tode des Ertrinkens rettete, ist vom Kreisverwalter ein Geldbelohnung von 80 Mk. bewilligt worden.

Fellhammer, 20. September. Tragischer Tod. Einen tragischen Tod fand am Sonntag Abend der Bergmann Karl Frick. Bei ihm weilten einige Kollegen zu Besuch. Nachdem diese sich entfernt hatten, trat Frick, der in der Stube seiner Mutter weilte, die Absicht, eine Zigarette zu rauchen und begab sich zu diesem Behufe in seine eigene, eine Treppe höher belegene Junggesellenkammer. Oben angelangt, fiel Frick so unglücklich die Treppe hinab, daß er außer einer schweren Gehirnerschütterung auch noch einen Schädelbruch davontrug, an dessen Folgen er verstarb. Frick ist Mitglied des Bergarbeiterverbandes.

Weißstein, 20. September. Schnee in den Bergen. Der Kamm des Riesengebirges ist seit Montag mit einer dicken Schneeschicht bedeckt. Auch in den Südböden liegt Schnee. Wie aus Freudenthal gemeldet wird, bedeckt Neuschnee das Gebirge von Illwasser, Hohe Heide bis zum Kesseltal. In den Tälern wartet noch der Großteil der Weisenernte des Schnees.

Grünberg, 19. September. Das Doppel-Stellbich- ein im Schlaftimmer. Kürzlich passierte hier ein Fall, der bald zu einem Ehe drama gediehen wäre. Ein bäuerliches Ehe- paar war im Schützenbause zu einer Festlichkeit, wobei die Frau große Kopfschmerzen bekam und infolgedessen sich nicht amüsierte. Der Gatte riet ihr, nach Hause zu gehen. Er wollte noch einige Zeit dabei sein und dann nachkommen. Wie gesagt, so getan. Als die süße Frau die Wohnung aufsuchte, sah das Dienstmädchen mit ihrem Schatz in der Schlafstube der Herrschaft. Das Mädchen ließ ihren Schatz unter dem Bett verschwinden. Als die Frau das Schlaftimmer betrat, zögerte das Mädchen, schlafen zu gehen, aber auf das Geheiß der Frau mußte sie gehen und den Schatz seinem Schicksal überlassen. Es dauerte nicht lange, so klopfte es wieder und nun kam der Herr, der beim Gese der Frau die Kopfschmerzen verursacht hatte. Aber das Schicksal schreiet schnell, es kam auch bald der Ehegatte. Die Frau, kurz entschlossen, flopte ihren Liebhaber in einen Schrank. Als nun der Gatte in das Schlaftimmer kam, gewahrte er den Schatz des Dienstmädchens unter dem Bett und zog ihn hervor. Dieser hat auf den Anlen um Ver- zeihung, er wäre ja nicht bei seiner Frau, der Betreffende stehe dort im Schrank. Als die Tür geöffnet wurde, entstieg ihm ein behäbiger, distanter Herr, worüber der Gatte ganz außer Fassung war und in der Erregung nach dem Vorzimmer gegriffen haben soll. Es ist zwar nicht zum Schließen gekommen, aber die Liebetel nahm einen unerwünschten Abbruch.

Wosen, 19. September. Nach fünfmonatlicher Ehe den Gatten erschossen. Das größte Missethen ereigt in sonnengehenden Freisen unserer Stadt die sensationelle Verhaftung der Gattin des verstorbenen Militärenten am hiesigen Kaiser Friedrich-Museum, Dr. Erich Blume, unter dem Verdacht, ihren Mann im Verlaufe eines ehelichen Konfliktes erschossen zu haben. Dr. Blume wurde bekanntlich vor einiger Zeit im Anstaltsort Unterberg bei Wosen erschossen aufgefunden. Frau Dr. Blume, die sich in seiner Gesellschaft befunden hatte, meldete den Vorfall und gab an, ihr Mann habe mit seinem Revolver hantiert, der plötzlich von selbst losgegangen sei. Dr. Blume wurde in seinem Heimort Steglitz bei Berlin beigesetzt und Frau Dr. Blume veranlagte sich von dort aus, ohne nach Wosen zurückzukehren, so- gleich zu ihren Eltern nach Wustrow bei Schwob. An- waltlich tauchten allerlei Gerüchte auf, die davon riefen wollten, daß Dr. Blume von dritter Stelle niedergeschossen worden sei. Man behauptete sogar, daß Frau Dr. Blume zu der Tat in indirekten Beziehungen stehe. Ver- anlassung zu diesen Gerüchten gab die Feststellung, daß Frau Dr. Blume, obgleich sie erst seit 6 Monaten verheiratet war, die eheliche Treue nicht gehalten haben soll. Man erzählte, daß sie mit einem höheren Beamten in Wosen und auch mit einem praktischen Arzt in Westpreußen gestanden habe. Was an diesen Gerüchten Wahres ist, wird erst die weitere Untersuchung ergeben. Jedenfalls hat sich das Ver- dachtsmaterial gegen Frau Dr. Blume derartig vergrößert, daß die Staatsanwaltschaft in Wosen gestern ihre Verhaf- tung anordnete. Diese erfolgte in Wustrow durch einen Gendarm aus Schwoda. Die Verhaftete ist inzwischen nach dem Untersuchungsgefängnis in Wosen gebracht worden. Der Ver- dacht, daß Frau Dr. Blume mit dem geheimnisvollen Tod ihres Mannes in irgendwelchen Beziehungen stehe, wurde in erster Linie durch die Feststellungen bestätigt, die am Ort der Tat ge- macht werden konnten. Man stellte fest, daß der Lebertod des Toten von oben bis unten zugeknöpft war und man schloß daraus, daß er die Waffe nicht aus seiner Tasche her- ausgeholt haben kann. Ferner gelang es nicht, die Waffe, mit welcher der angebliche Missetäter erschossen sein soll, aufzufinden, obgleich die nähere Umgegend des Tatortes genau abgesehen wurde. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Dr. Blume fand man ferner einen Zettel, der es bestätigte scheint, daß Frau Dr. Blume Beziehungen zu anderen unterhielt. Dr. Blume erkrankte sich in Wosen großer Beliebtheit. Er wird als ein außerordentlich lebenswüthiger und bescheidener Herr ge- schilbert. Seine Freunde und Bekannten halten es für aus- geschlossen, daß er Selbstmord verübt haben könne, da er erst in den letzten Tagen wiederholt von seinen Vätern erzählte, die er in Hannover vertrieben wollte. Zum 1. Oktober hatte Dr. Blume einen Ruf an das Museum in Hannover erhalten.

Aus Oberschlesien.

Rattowitz, 20. September. Und wieder das Meißer. In der Nacht zum Dienstag schlich sich der Vergarhelter Schmurgel aus Drowitz, Kreis Pleß, auf dem Bahnhof Gers- wonka der Rattow-Rattowitzer Strecke in den Wartesaal zweiter Klasse, um dort die Nacht schlafend zu verbringen. Als der diensttuende Pfilsweickensteller Adam den Zug 8,45 Uhr früh nach Zschöben bedienen wollte, erwachte er beim Anrufen im Wartesaal. Er redete ihn an und erhielt ohne weiteres von ihm einen Schlag ins Gesicht.

Als Adam den Eindringling ins Freie befördert hatte, versuchte er, in den Zug einzusteigen, was ihm jedoch nicht ge- lang. Vor Mut zog er sein Meißer und stürzte sich auf Adam, dem ein Zurückweichen nicht möglich war. Der Stich traf den Beamten in die rechte Lunge, so daß er zusammen- brach und schließlich ärztliche Hilfe herbeigeholt werden mußte. Der Schwerverletzte wurde in das Anapflichtlazarett zu Czuchow gebracht und dürfte wohl kaum mit dem Leben davon- kommen. Der Meißerstecher wurde in das Gefängnis zu Rybnik eingeliefert.

Rattowitz, 20. September. Vom russischen Nachbarn. Am Sonnabend wurde in Warschau die Ingenieurwitwe Fran- ziska Gaspilki von ihrem Dienstmädchen Michalina Gailowna und ihrem Freunde Jastrzemski ermordet. Als um 7 Uhr früh ein Einwohner des Hauses aus der nur angelegten Tür der Gattin Wohnung Rauchwolken sah, alarmierte er den Portier und beide drangen in die Wohnung. Bald nach dem Öffnen der Tür sahen sie die Leiche der Ermordeten auf dem Boden liegen, deren Kleider brannten. Eine Flasche von denaturiertem Spiritus lag daneben. Nach Ablöschen des Brandes wurde die Poli- zeibehörde benachrichtigt, welche die nach 8 Uhr in die Wohnung hel- mende Gailowna verhaftete und bei einer Revision der Leiche unter dem Hemd über 1000 Rubel Wertsachen fand, welche der Ermordeten gehörten.

Rattowitz, 20. September. Ein Schmuggler er- schossen. Wie wir erfahren, ist vor acht Tagen an dem Grenzübergange Zwickmühle unweit Koslowagora ein Schmuggler von einem Kosaken erschossen worden. Der

Schmuggler war im Begriff, Waren über die Brühna nach Ruffisch-Polen zu schmuggeln, als er von dem Kosaken, der in einem Hause den Kosaken anrufen wurde. Er wollte das Weite suchen, wurde aber von einem Schusse tödlich ge- troffen.

Wentzen, 20. September. Die Verurteilung des Rache. Wegen verübten Mordes wurde hier vor dem Wentzener Schwurgericht der 28 Jahre alte Bauer Franz Rod aus Alt- Larnowitz zu verurteilt. Der Angeklagte war auf dem Tomilnischtsch in Alt-Larnowitz beschäftigt gewesen und soll am 18. Januar d. J. seinen Vorgesetzten, den Maschinenwärter Kapinski, zu töten versucht haben. Am Tag vorher war es zwischen beiden zu Differenzen gekommen. Diese schloß sich so zu, daß Kapinski den Stelger hinaufsteig und diesem erklärte, daß er mit dem Angeklagten nicht mehr zusammen arbeiten könne. Einer von beiden müsse weichen. Der Stelger wies daraufhin dem Angeklagten eine andere Stelle an und beauf- tragte den Kapinski, bis zur Anstellung eines neuen Stelgers mit den Stelgerarbeiten. Die Maßnahme des Stelgers ließ in dem Angeklagten den Plan reifen, Kapinski zu beseitigen. Bald darauf äußerte er zu einem Bekannten, daß er den Kapinski erschießen würde, aus dem Leben mache er sich nichts. Er sei ein Krüppel und könne nicht arbeiten. Nach der Tat wollte er sich selbst töten. Die Nacht vom 17. zum 18. Januar verbrachte der Angeklagte im Jechenhaus. Er hat sich in die Stelgerstube eingeschlichen und aus dem Schrank des Stelgers, den er mit einem Nachschlüssel geöffnet hatte, ein Zehring und eine Schachtel Patronen genommen. Wegen 5 Uhr morgens trat er leise in den Maschinenraum und schob aus kurzer Entfernung auf den nicht abtenden, auf einem Stuhle sitzenden Maschinenwärter Kapinski. Dieser wurde an der linken Brustseite getroffen, ohne daß der Schuß ihm eine größere Ver- letzung beigebracht hatte. Einen zweiten Schuß gab der Ange- klagte, der sich nach dem ersten Schuß schmerzhaft entfernt hatte, durch das Fenster des Kesselhauses auf Kapinski ab. Das Ge- schoss durchbohrte nur die Kleider, Kapinski blieb unverletzt. Der Angeklagte wurde wegen verübten Totschlags zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Rosel, 20. September. Ein Einbruch wurde in das Amtslokal zu Roscham in hiesigen Kreise verübt und der 4 Zentner schwere eiserne Geldschrank gestohlen. Die Diebe haben den Schrank auf's Feld gebracht, dort mit einer Feinschere das Schloss herausgeschliffen, ihn auf diese Weise geöffnet und seinen Inhalt raubt. Es sind ihnen 1300 Mark in die Hände ge- fallen. Der Hund des Wächters, der die Diebe verfolgte und sie mit einer elektrischen Zäunlampe zu hindern und zu schrecken suchte, wurde vom Wächter an die Kette gelegt, weil er die Diebe für bekannnte hielt, die er von seinem Hunde nicht betäubt wissen wollte.

Tarnowitz, 20. September. Millionenerben im Obereschleien. Bei dem Untergang der „Titanic“ kam auch ein Ehepaar Nowak, das vor etwa 18 Jahren aus Grotzen- berg Os. nach Amerika ausgewandert ist, um sein Leben. Nowak, ein mehrfacher Fabrikbesitzer, soll ein Vermögen von mehreren Millionen Mark hinterlassen haben. Da die Ehe kinderlos war, kommen Verwandte, die größtenteils im Kreise Tarnowitz wohnen, in Frage, und haben dieselben auch schon Vernehmungen bei einem Rechtsanwält abgehalten zur Geltend- machung ihrer Rechte.

Radzionka, 20. September. Der Suff und das Meißer. Der Hausbesitzer Paul Weiß von hier, ein notorischer Trunkenbold, dessen Ehefrau mit dem Manne nicht lebt, ist in der Nacht von Sonntag zu Montag nach Hause gekommen und machte im Zimmer einen beräthigen Witz, daß die Bewohner aus dem Schale geweckt wurden. Ein Wächter, der Arbeiter Wlase, trat aus seiner Wohnung in den Flur und erfuhr um Mitter- nacht. Es kam zwischen beiden zu einem Streit und im Verlaufe desselben rief Weiß dem Wlase ein Luchmesser in den linken Oberarm, so daß die Klinge auf der hinteren Seite verankert. Wäre der Stich etwas höher gewesen, so hätte er die Schlagader getroffen. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus transportiert und der Täter verhaftet.

Briefkasten

Konsum-Verein. 1. Der Vizehalter eines Konsum-Vereins ist selbstverständlich ein verpflichtungsspflichtiger Angekletter, auch die Verkäufer sind verpflichtungsspflichtig. 2. Nein.

Weinstraßen. Die Steuer für April bis Juni 1912 haben Sie zu zahlen, aber der Lohn kann deshalb nicht gekündigt werden, da seit dem Tage der Fälligkeit (15. Mai) mehr als drei Monate verstrichen sind.

H. A. R. Dahn in Breslau X, Große Dreilindengasse 23. H. 12. Schreiben Sie an die Sektion IX der deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft in Breslau I, Messergasse 87/88, die dann alles andere selbst veranlaßt. Eine Rente dürfte der Lehrling kaum erhalten.

H. A. R. Wir können Ihrem Vater nur raten, die 16 Mk. noch zu zahlen, damit er die bessere Maschine geliefert bekommt und die Sache damit erledigt wird.



Verantwortlicher Redakteur: Franz Fischer. — Redaktion und Expedition: Rind- Gassenstraße 7. — Verlag der „Wirtschaft“, G. m. b. H. — Druck von Th. Grottel, G. m. b. H. — Täglich in Breslau, Preis 4 Pfennig.

Achtung!

Achtung!

Alle Arbeitnehmer der Breslauer Brau-Industrie

Sonntag, den 22. September er., vorm. 10 Uhr, im „Kronprinzen“, Westendstraße 50/52:

Große Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort der Brauereien auf unsere Tar.fvorlage.

Referent: Kollege Klippel.

2. Diskussion.

Kollegen! Die Antwort der Brauereien sieht nicht etwa als ein Entgegenkommen aus, im Gegenteil, die Brauereibesitzer planen allen Ernstes, für die verarbeiteten Rohprodukte sich durch Verschlechterung des Lohnsatzes an den Arbeitern schablos zu halten.

Setzen wir durch vollständigen Besuch, daß wir eine solche Verästelung in Zeiten schlimmster Teuerung uns auf keinen Fall bieten lassen.

Die Lohnkommission. J. N.: M. Auerbach.

2896

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher
Filiale Breslau.
Am 18. September verschied plötzlich infolge Magenkrebs unser Kollege und Mitglied, der Lackierer
Hugo Schwindeck
im Alter von 61 Jahren.
Ehro seinem Andenken.
Seine Verbandskollegen.
Beerdigung: Sonntag, den 22. September, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes. 2893

Privat-Handels-Schule „Barber“
Breslau V, Gartenstrasse 57, neben Liebh
Telephon 2447. 2852
Beginn neuer Kurse **Anfang Oktober 1912**
Prospekte bereitwilligst kostenlos.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“
E. G. m. b. H.
für Breslau und Umgegend.
Unsere vielen Mitglieder machen wir hierdurch auf die folgenden **Spargtage** in
Spartana
aufmerksam, und werden die Frauen gebeten, sich an den betreffenden Tagen in den Verkaufsstellen einzufinden, um sich von dem wohlschmeckenden **Spartana-Kaffee** zu überzeugen.
Die Spargtage finden statt:
Bärenstraße am **Sonntag, dem 21. September**
Ottokrass am **Montag, dem 23. September**
Leuthenstraße am **Dienstag, dem 24. September**
Wildenbruchstraße am **Mittwoch, dem 25. September**
Berlinerstraße am **Donnerstag, dem 26. September**
Breslauerstraße am **Freitag, dem 27. September**
Friedrichstraße am **Sonntag, dem 28. September**
Werkestraße am **Dienstag, dem 1. Oktober**
Deutsch-Lissa am **Mittwoch, dem 2. Oktober**
Ströbel am **Donnerstag, dem 3. Oktober**
Gels am **Freitag, dem 4. Oktober.** 2892

Neues Fleisch
ein appetitlicher, vollkommener Fleischersatz, sieht aus und schmeckt täuschend wie Fleisch, ist gesünder und nahrhafter, dabei bedeutend billiger. — 2 Pfund Fleisch kosten ca. 80 Pfg. Preberädchen à 40 Pfg. Schwabe, Wäldchen 24, III. 2895

Sieben erschienen! Ganz neu!
Vom **Verbrecher** zum **Missionar.** 2907
Neueste, illustrierte Broschüre. Preis 50 Pf.
Zu haben in Buchhandlungen und Verkaufsstellen (durch Plakate kenntlich) sowie bei allen Kopierpartnern des Heimathauses Schwarzes Kreuz, Breslau, Hinterbleiche 1.
Telephonische Bestellung: 7715. — Lieferung franko.
Nach anserhalb gegen 50 Pf. in Briefmarken.

Extraktreife und wohlbekömmliche **Limonaden-Essenzen**
Für mindest 12 Liter ausreichend. 7413
1 Dutzend Flaschen sortiert Mk. 2,75 franko überallhin.
Chemische Werke E. Wäthler, Halle a. S., Mühlweg 20.

Rehtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
Museumplatz 4
empfiehlt feinst. Tabak zur Zigarettenfabrikation zu billigen Preisen. 2409,2

Paul Kasowsky, Hutmachermstr.
Wielgasse 38/40. 1559
Filzhüte, Zylinderhüte, Mützen, Filzwaren
In bester guter Qualität zu billigen Preisen.
Annahme von Reparaturen. Zylinderhüte werden vertieft.

Stadt-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Der Freischütz“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Tannhäuser“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Aida“.
2787

Lobe-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Eine Frau ohne Bedeutung“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Der verwandelte Komödiant“.
„Die letzten Masken“.
„Literatur“.
„Lottis Geburtstag“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
2773

Thalia-Theater
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Halemann's Wähter“.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
„College Crampton“.
Vollständiger Freitag und Sonnabend von 10-2 Uhr im Stadt- und Thalia-Theater. 2779

Schauspielhaus
Freitag 8 Uhr:
„Aida“.
Sonntag 8 Uhr:
„Der Cananavit“.
Sonntag 8 Uhr:
„Der Cananavit“.
2785

Liebh's Etablissement
2755] Telephon 1646.
Täglich abends 8 Uhr:
„Die Revue der Revuen“
mit Henry Bender.

Viktoria-Theater
Kampf mit Alligator
unter einem Wasser.
2761 unter Wasser.
Außerdem 10 Attraktionen.
Anf. 8 Uhr. Bonswochenend. gült.
Jeden Sonntag Matinee.

Zeltgarten
Das neue Programm ein
kolossaler Erfolg.
5 Fribolles,
5 Gekick, Bongonell,
Dr. Gersber, Fritz Wabow,
Fr. Stebler, Luise Pankhofer,
Salger Duo, Elsa de Planque,
Dr. Schürer.
Anfang 8 Uhr. Bone gültig.
Entree 30 Pfg.
Im Tunnel
(Eine Erbezwünbigkeit von
Breslau.)
Damen-Trompeter-Corps
(La Paloma). 2749
Entree frei.

Palmengarten
2 Kapellen
Entree frei.

Lebt vegetarisch!
Kostproben
10 Pf.
Sommerstraße 44, I.
Kafelnstraße 2813

Zirkus Busch
Wei-Kino
Gala-Vorstellung.
Heute Freitag
Letzter Tag:
Der Eid des Stefan Müller
I. und II. Teil.
Sensationndrama.
Spieldauer 2 1/2 Stunden.
Vorher
Spezialitäten.
Entree 19 Pf.
für II. Platz und Gallerie.
Anfang 8 Uhr. 2791
Morgen Sonnabend:
Ganz neues Programm.
Sonnabend 5-7 Uhr:
Kinder-Vorstellung.

kleine Wohnungen
zu 10 und 12 Zim. bald zu vermieten.
Näh. Pöschelstr. 12 u. 12a. 2900
In **Cosel bei Breslau**
sind bei Zim. schöne Wohnungen von 12 bis
15 Zim. mit etwas Gart. bald od. spät. zu verm.
Die dem Gasthausbesitzer Herrn
Wilhelm Ma-hner angelegte Ver-
teidigung nehme ich nach schieds-
männlichem Vergleich zurück und
leiste Abbitte. Johann Wagner. 2895

Strächtige Laufburischen
per sofort gesucht.
Bedingungen nachmittags 4 Uhr. 2900
Moritz Lewy Nachf.
Schirmfabrik, Gartenstr. 3

Erfinder!
Wer eine Idee hat, die eine gewerb-
liche Ausdehnung gestattet, sende sofort
Adresse. Broschüre mit Preisanschreiben
für gute Ideen gratis u. franco. Offerten
unt. V. 921 an Haasenstejn & Fozler
A.-G., Mannheim. 2278

Gegen sofort. Zahlung
Kaufe ger. Schränke, Bekh., Komod.,
Verst. u. Stab-Pin-lag. Friedrich-
straße 53a. Wahltr. vorm. Gartenstr.

Leihamt
Matthiasstraße 9
bekannt sparsam. Uhren, Ketten,
Silbergegenstände, Brillen, Bücher,
Piano, Geigen und Anzüge.

Gebr. Habelbänke
jed. Post. 1141. Wertig. 22. Wertig.
Kauf geg. sof. 100. Wähler,
Friedrichstr. 52a, vorm. Gartenstr.

Frische Kaninchen
halbe Rebhühner u. Meuten, Wildenten,
junge Fasanen und Hühner empfiehlt
Hein. Wildhandlung.
Viktoriastrasse 112.

Filzhüte
unpressen, sowie modernisieren
nach neuesten Formen, reinigen
sicher u. billigt 1941
Max Strumpf
Jetzt Reichen-Obste 6.

Vom 19. bis 29. September
auf den Teichäckern
(hinter dem Hauptbahnhofe):
Hagenbecks Indienschau
Besichtigung des indischen Dorfes
täglich von 11 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Hauptvorführungen um 3, 4 1/2, 6, 7 1/2 und 9 Uhr.
Unbeschränkter Aufenthalt. 2894

Sonntag, d. 22. Sept., abends 8 Uhr
Drei Berge, Haynau I. Volkskonzert
(Die Einlage-Auswahl des Stadt-
Orchesters)
Gewähltes Programm
Eintritt 20 Pfg. im Vorverkauf 10 Pfg. bei Herrn Töpfer u. all. Vereinskassen.
Nach dem Konzert: Tanz. 2910

Uhren
Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke.
2825

Blaue Arbeits-Anzüge
Jacke, Hösli oder grade,
u. Hose, garant. wasser-
echt und dauerhaft.
Qual. I 3,50 } Hausbuch
II 4,50 } (mitteilt
III 5,50 } (Rein)
IV 4,50, Pa. Körper
V 7,- } Wa.
VI 8,50 } (Woll)
Jade oder Gold die Hälfte
Verwand geg. Nachnahme.
Nicht aufgegeben wird
zurückgenommen. Größen-
angaben: Brustumfang und Schrittlänge.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Gustav Knauerhase
Breslau I, Neumarkt 45, pt. u. I. Et.
Jeder Besuch bringt neue Kunden.

Störes
Gardinen
kauft man ein
vorteilhaft bei
Julius Fein
vis-à-vis Kissling
Junkernstr.
14
2898

Reine Butterteuerung
Pflanzenbutter
wohlschmeckend wie
Tafelbutter à 68 Pfg.
außerdem 2857
= Freitag und Sonnabend =
billige Zuckertage
2 Pfund 43 Pfg.
offeriert
E. Franke, Klosterstr. 84.

Grus
rein 80, 60, 95, 110, d. 46114,
2 1/2, d. 100 Pfd. 5,- billig.
H. H. H., entlaugt u. gefast. 40, Dely
Vollblei-Deck. (Gelegentlich) nur 2 1/2.
Dop. Umbl. 145/155 fl. ent. 1.125.
Kemper, Fr.-Waldenstr. 9, pt. 2893

Für 287 Mk.
komplette Einrichtung, bestehend aus Wohn-
zimmer, Schlafzimmer und in neuer Küche,
diele Ein- Ausb. (Journ. 410 Pfd. Tisch-
Zinn 42 Pfd., St. mit 26 Pfd., Besteck
33 Pfd., Spiegel, Tisch, 10 Pfd., Tisch
3,50 Pfd., ed. Schloß, Tisch mit 10 Pfd.,
Bücher, Waldsch. 12,50 Pfd., u. u. u. u.
wirklich recht u. billig
Siegfried Brieger
Auserfchmiedestr. 24.
Gegr. 1850. — Tel. 9177. 2890
Zahlung nach Vereinbarung!

Das älteste schrittweise geleitete
Gut Geschäft
vor dem Nikolaitor in das vom
Hut-Manke
Inh.: Joh. Tessmer
Friedrich-Wilhelmstr. 23
2819 I.

Hüte, nur gute, reelle
Qualitäten,
für Herren und Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme
zu billigen Preisen.
Annahme sämtl. Reparaturen.

**Rechte u. Pflichten
des Mieters**
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Motive und der
Denkschrift zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
sicherer Führer durch das Miet-
recht.
Buchhandlung Westwacht.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Vierter Tag.

Chemnitz, 19. September.

In der heutigen vierten Sitzung legte der Parteitag die

Stichwahlabkommen

mit der Fortschrittlichen Volkspartei vor.

Wied. Charlottenburg: Wir erkennen an, daß die Situation für den Parteivorstand sehr schwierig war. Nun hat Scheidemann gesagt, wenn der Parteivorstand auf das Stichwahlabkommen nicht eingegangen wäre, wären die Liberalen zum schwarzblauen Block gegangen. Das mag richtig sein, aber wie in dies gehen wäre, so hätte dies Vorgehen der Liberalen dazu beitragen, vielen Tausenden von freisinnigen Wählern aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Augen über den Liberalismus zu öffnen. Der Parteitag muß erklären, daß er ein Bündnis auf Grundlage der Dämpfung nicht billigen kann. Damit wollen wir dem Parteivorstand feierlich Vorhaltungen aussprechen; aber auch der Parteivorstand ist nicht unfehlbar. Die Dämpfung ist nur ein Schritt auf dem Wege zur Verteilung der Mandate schon bei den Hauptwahlen. Wenn unsere hayerischen Genossen bei den letzten Landtagswahlen mit den Liberalen dies schon getan haben, so könnte Genosse Scheidemann dieses Vorgehen mit denselben Gründen verteidigen. (Lachen bei den Abgeordneten.)

Wied. Schwabach: In der Wahlaktion wurde uns schon vor der Hauptwahl von den Antikemiten, und zwar nicht nur von einzelnen Personen, sondern auch von Vorkämpfern und von Kreisvereinsvorsitzenden erklärt: Wenn ihr (also wir Sozialdemokraten) mit dem Liberalen in die Stichwahl kommt, dann wählen wir (also die Antikemiten) Mann für Mann den Sozialdemokraten. (Vehabiles Hört, hört!) Die Antikemiten sind eben bei uns genau so wie in Nordhausen und einer ganzen Reihe hiesiger Wahlkreise. Sie wählen lieber einen Sozialdemokraten als einen Liberalen. (Erneutes Vehabiles Hört, hört!) Die ganze Erziehung, die sie durch den Bund der Landwirte erhalten, dessen Kampf sich viel mehr gegen die Liberalen als gegen uns richtet, führt dies Verhältnis herbei. (Hört, hört!) Inzwischen ist ein Antrag Stadthalgeren eingelaufen, der das Stichwahlabkommen insofern bedauert, als es die Dämpfung empfiehlt.

Reiner war von fünf Delegierten des Reichstagswahlkreises Lettow-Weesow-Storkow-Charlottenburg beim Bureau eine Erklärung eingegangen des Inhalts, daß sie mit den Antikemiten nichts in keiner Weise einverstanden sind. (Vehabiles Hört, hört!)

Wied. Charlottenburg: Es ist eine Unmaßung, meine Rede in dieser Weise zu „zensurieren“. (Weiterf.)

ein Schlußantrag angenommen

noch der Befämpfung durch Reichstagsabgeordneten Dr. David, der da auf hinwies, daß die Debatte bisher einen ganz einseitigen Charakter ertragen habe. Es hätten nur Gegner der Dämpfung gesprochen.

Scheidemann (Schlußwort): Es ist außerordentlich bedauerlich, daß der Schluß der Debatte einseitig ist. (Sehr richtig!) Die Ausführungen bisher waren recht einseitig. Ich (Erneutes Sehr richtig!) Es ist auch hier die Erscheinung eingetreten, daß naturgemäß alle Hoffnungen, die man hegen kann, woher sie wollen, der feinsten Leberzungen sind, das gerade sie immer mit dem schlechtesten Materialismus zu tun haben. (Zustimmung.) Der Gegner, mit dem man gerade zu tun hat, ist immer der gemeingefährlichste. (Weiterf.) Gegen Cohn ist mein Standpunkt schwer. Er ist ein geschickter Advokat, und ich bin nur ein „Bureaufrat“. (Weiterf.) Es ist mir nichts eingefallen, über seinen Namen Witze zu machen. Wenn durch einzelne Wendungen der Antikemiten erweckt worden ist, daß ich antimilitärische Witze machen wollte, dann schilt mich mein zwanzigjähriger militärischer Kampf gegen die Antikemiten in Preußen vor dem Vorwurf, daß ich wundenwunde antimilitärische Meinungen habe. (Sehr richtig!) Genosse Cohn hat das Feld verlohren. Er hat die Nordhäuser Freisinnigen als die schlimmsten Freisinnigen geschildert, die er sich denken kann. Es ist aber nicht richtig, daß er das, was ich über die Agitation der Kriegervereine zu seinen Ehren gesagt habe, aus dem freisinnigen Wahlprotokoll habe. Mein Wort habe ich aus diesem freisinnigen Wahlprotokoll nicht gehört! Ich habe mir wiedergegeben, was ich in der Presse gelesen habe und was ich selbstverständlich nicht kontrollieren kann; aber so viel kann ich sagen, ohne das Stichwahlabkommen unter keinen Umständen die Kriegervereine oder

die Antikemiten in Nordhausen für den sozialdemokratischen Kandidaten genehmigt. (Sehr richtig!)

Genosse Cohn hat gesagt, die Dämpfung bedeute die Vertiefung der Organisation, und er hat so getan, als ob durch die Dämpfung die Parteioffiziere in Nordhausen in Lebensgefahr kommen würde. Was, was leben wir denn sonst immer? Es wird immer gerade von jenen Kreisen gesagt, daß die Parteioffiziere selbst viel klüger seien, und immer das Richtige finden, während es bei unseren Führern oft mangelte. Man soll auf einmal wegen eines solchen Abkommens gerade das Umgekehrte richtig sein. Worauf es ankommt, das ist in der Debatte überhaupt nicht erwähnt worden, nämlich, falls Gegner der Dämpfung hat uns gesagt, was denn sonst hätte geschehen sollen. (Vehabiles Zustimmung. — Zurufe: Ablehnen!) Wer das sagt, hat

die ganze Situation überhaupt nicht verstanden.

(Stürmische Zustimmung.) Das deutsche Volk hat am 12. Januar seinem Willen klar und deutlich Ausdruck gegeben und am 30. Januar ist die Wahlfrage entschieden, um den Volkswillen im Reichstage nicht zur Geltung kommen zu lassen. Das Volk wäre abermals in der schlimmsten Weise betrogen worden, wenn wir mit unserem Stichwahlabkommen nicht dazwischengefahren wären. (Sehr richtig!) Die Genossen stellen es so hin, als ob wir den Freisinnigen gegenüber in einer besonders annehmbaren Lage gewesen wären. Das ist durchaus nicht der Fall. Wir waren an die Stichwahlparole gebunden, die der vorläufige Parteitag in Jena beschlossen hatte. Diese Stichwahlparole schrieb nur sehr minimale Bedingungen vor. Das wußten natürlich die Freisinnigen. Sie wußten, daß wir durch den Parteitag beschlußgefaßt waren und für sie selbst für den Fall stimmten, daß sie in manchen Kreisen für die Reaktionäre eintreten. (Sehr richtig!)

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß meine Rede gefesselt so überzeugend war, daß kein Gegner mit der Dämpfung mehr hätte auftreten dürfen. (Stürmische Zustimmung.) Es scheint trotzdem viele zu geben, die ich nicht überzeugt habe. Wir haben jedenfalls geglaubt,

im Interesse der arbeitenden Klassen so handeln zu müssen, wie wir gehandelt haben. (Beifall.) Deshalb wäre es falsch, wenn wir Beschlüsse annehmen würden, die die Dämpfung bedauern; wir brauchen aber auch keine Resolution, die uns lobt; wir verdienen kein Lob, wir haben nur unsere Pflicht und Schuldigkeit getan. Wir verdienen aber erst recht keinen Tadel, und deshalb erlaube ich Sie dringend, über alle Anträge zur Tagesordnung überzugehen. (Vehabiles Beifall.)

Der Parteitag beschloß mit überwiegender Mehrheit im Sinne der Antikemiten Scheidemanns, über alle Anträge zum Stichwahlabkommen zur Tagesordnung überzugehen.

Der Parteitag wandte sich dann dem nachträglich auf die Tagesordnung gelegten Punkte der Frage des

Bergarbeiterschutz

zu. Hierzu liegt folgende Resolution vor:

Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massenkatastrophen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast andauernd steigende Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubenkatastrophe überholte Versicherung, für den Schutz der Bergarbeiter sei hinreichend gesorgt, unwarhaft ist. Die unbestreitbare Tatsache der erheblich geringeren Unfallziffern in anderen europäischen Bergwerksländern spricht schon dafür, daß in Deutschland nicht alle erfolgversprechenden Mittel zur Verbesserung der Grubensicherheit in Anwendung sind. Ein Vergleich der deutschen mit der ausländischen Bergarbeiterschutzgesetzgebung zeigt auch die Minderwertigkeit der ersteren. Der Parteitag beantragt deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages diesen erneut und nachdrücklich zur Beschleunigung über eine den modernen Betriebs- und Arbeitsverhältnissen entsprechende reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes zu veranlassen. Dieses Gesetz muß mindestens zolgend festlegen:

1. eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens 8 Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Ueberzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt notwendig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders heißen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen.

Stadt-Theater.

„Oberst Chabert“ von W. v. Waltershausen.

Die Hoffnung, daß diese „Musiktragedie“ bei näherer Bekanntschaft gewinnen würde, hat sich nicht verwirklicht. Sie läßt im Gegenteil bei öfterem Hören erst recht ab. Man rühmt an dem Komponisten, daß er „ein großer Künstler“ sei. Ja, können denn die Menschen nichts? Kann Richard Strauss nichts? Was aber können sie? Die Orchesterfarben mischen. Das ist etwas Handwertmäßiges; das lernt jeder Lehrling, der eine bessere Musikschule besucht. Die „Kunst“ besteht nun darin, aus diesem Handwertmäßigen das „Künstlerische“, Abgellärte herauszuwaschen zu lassen. Wer von denen, die am Donnerstag an der Musikläufe so lebhaft applaudierten (auch nach dem stürmisch diffusen Quintett des zweiten Aktes wurde ein schwacher Versuch gemacht) möchte behaupten, hier etwas „Künstlerisches“ vernommen zu haben? Wer will allen Ernstes aus dem tosenden, brüllenden Orchester, aus den schneidenden Trompeten, dem unnatürlichen Schreien und dem allzu vergeblichen Kraftanstrengungen auf der Bühne etwas „Künstlerisches“ herausgehört haben? Ich für meinen Teil bleibe bei meiner früher geäußerten Meinung: Dieses Stück, das gleich hunderte anderer derselben Gattung den vergeblichen Versuch machen will, von der früheren sogenannten „Unnatur“ zum „Realismus“ (hoffentlich: zur „Naturalität“ oder „Lebenswahrheit“) überzugehen, ist ein schweres Verbrechen auf die Kunst und den guten Geschmack. Will man zur „Natur“ führen („Naturalität“) wäre ein falscher Ausdruck, weil wir angeblich früher keine Natur auf der Bühne hatten, so muß man alle Monologe, Duette usw. verbannen, denn man redet nicht mit sich selbst und mehr als eine Person kann anspruchsvoller auf einmal nicht sprechen. Dann müßten auch die Darsteller (Sänger kann man wohl mit ganz reinem Gewissen nicht sagen) die Unnatur der Rollen, der zuckenden Bewegungen, des heute geradezu lächerlich wirkenden, ruckeligen Ganges unterlassen. Nach meiner Ansicht hätten wir früher die echte Natur auf der Bühne: Stimmen, denen eine ihrem ureigensten Wesen entsprechende Aufgabe zugewiesen war; dazu ein diskret begleitendes Orchester. Heute haben wir sinnverwirrende Orchestermassen, blendend instrumentell, denen eine absolute Verständnislosigkeit für Umfang und Leistungsfähigkeit der menschlichen Stimme gegenübersteht. Und wenn jemand als Beweis für die Güte des „Oberst Chabert“ anführt, daß er sich 80 Bühnen „erobert“ hat, wie hat er das nur gemacht?, dann müßte man ihm entgegen-

halten, daß sich die „polnische Wirtschaft“ bedeutend mehr Bühnen erobert hat und doch kein gutes Stück ist. Was den „Oberst Chabert“ sehenswert macht, ist einzig die ganz hervorragende Wiedergabe der Titelrolle durch Herrn Decker. Alles andere wird stark überschätzt. P. M.

Aus aller Welt.

Meerung der Hanse Hamburg-Ropenhagen-Malmö.

Nachdem das Lustschiff „Hansa“ auf seiner Fahrt nach Ropenhagen Donnerstag vormittag 9 Uhr 15 Minuten die Røgebuch passiert hatte, erschien es kurz nach 10 Uhr am Portjont. Eine wahre Völkerverwanderung bewegte sich am Vormittag nach dem Flugplatz, wo sich nach und nach etwa 20- bis 30.000 Menschen zusammengefunden hatten. Alle Häuser der Stadt waren von Menschenmengen dicht besetzt. Um 10^{1/2} Uhr traf das Lustschiff über der Stadt ein und wurde von der Bevölkerung mit großer Begeisterung und beaufenden Zurufen begrüßt. Es führte darauf eine Rundfahrt über der Stadt aus, wobei es dicht an dem auf der Ropenhagen-See liegenden englischen Kreuzergeschwader vorbeifuhr. Kurz nach 11 Uhr traf das Lustschiff in dem Verodrom ein. Dem Grafen Zeppelin war von den dänischen Militärbehörden eine Kompanie Soldaten zur Disposition bei der Landung zur Verfügung gestellt worden. Die Landung ging glatt von statten. Die gewaltige Menschenmenge, die das ganze Verodrom besetzt hielt, bereitete dem Grafen Zeppelin und seinen Begleitern eine großartige Ovation. Um 11 Uhr 40 Minuten wurde alles fahrbereit gemacht, um wieder aufzusteigen. Die riesige Menschenmenge brach immer wieder in begeisterte Rufe aus. Dann gab Graf Zeppelin das Zeichen zur Abfahrt. Die Ankunft des Schiffes in Malmö erfolgte kurz nach 12 Uhr, um es schlug darauf südliche Richtung ein, um die Rückreise über die Ostsee nach Hamburg anzutreten.

Die verhafteten drei Bergleute als Zeugen gefunden. Aus Vochum wird gemeldet: Den Rettungsmannschaften auf der See Auguste Viktoria bei Redlinghausen ist es in der vergangenen Nacht nach stündlichen angestrengten und gefährlichen Bemühungen gelungen, bis zu den verhafteten Bergleuten vorzudringen. Im Laufe der Nacht wurde die Leiche des Bergmanns Stucke, und heute vormittag die des Revierleiters Rogalla aufgefunden. Man nimmt an, daß beide schon beim Einsturz des Berges ihren Tod gefunden haben. Die Leiche des dritten Verhafteten wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages geborgen werden.

2. Arbeiter unter 16 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige berufliche Vorbildung mangelt.

3. Vorschriften über die Erstellung und Ausgestaltung eines Arbeitsbuches, der dem Arbeiter und seiner Familie einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht.

4. Anstellung von Grubenkontrolleuren mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet; 5. Verleihung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen verletzten Mannschaften. 6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Wadaukasteln (Wasserdüsen) auf allen Werken. Der Parteitag ist der Überzeugung, daß die gesetzlich vorgeschriebene und strenge Durchführung der gestellten Forderungen allein eine Verbesserung des Bergarbeiterschutzes herbeiführen wird.

Die Resolution beauftragt Otto D. u. s. Er kam im Laufe seiner Ausführungen auch auf die letzte große Grubenkatastrophe auf der Zeche Lothringen zu sprechen und gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß nach ihm gewordenen Sachverständigenberichten der Kaiser über den Ausgangspunkt der tödlichen Katastrophe und über ihre Ursache unrichtig, weil voreilig, berichtet wurde und daß überhaupt die Schnelligkeit und Bestimmtheit mit der über die Verunglückten schwerbelastende amtliche Auskunft gegeben wurde, fragwürdige, wenn man sich daran erinnert, wie lange es sonst in der Regel nach großen Bergwerkskatastrophen dauere, bevor die Bergbehörde mit einem bestimmten Urteil über die Entstehungswahrscheinlichkeit der Katastrophe vor die Öffentlichkeit tritt. In der Tat haben, wie ich in Erfahrung gebracht habe, nach dem 8. August fortgesetzte sorgfältige Untersuchungen mehrere Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Explosionsherd wahrlich nicht in dem dem Kaiser so bestimmt genannten Vertriebspunkt zu suchen ist, sondern vielmehr in einer anderen Ausbuchtung und zwar eine halbe Sohle tiefer, mehrere hundert Meter entfernt davon, auf der Sohle im Stöck G. In dem von der Bergbehörde als Explosionsherd bezeichneten Querschlag sind nur unwesentliche Zerstörungen angerichtet worden. So hin, zu die aus Blech bestehenden Luftabfuhrrohren von ca. 40 Zentimeter Durchmesser nach der Katastrophe noch unbeschädigt an den Aufhängedächern während bei einer Explosion gerade diese Rohre am leichtesten zerstört werden. Ferner standen die Förderwagen noch auf den Schienen, während, wenn hier die Katastrophe ihren Ausgang genommen hätte, die Wagen wüst herumrollend geworden worden wären. Außerdem belegen bestimmte Angaben der Beteiligten, daß ca. 1 Stunde vor der Katastrophe in dem fraglichen Querschlag die Sprengarbeiten vollendet gewesen seien. Die Art der Auffindung der hier erwähnten sowie der Zustand ihrer Röhren spricht ebenfalls gegen die Behauptung, daß der Explosionsherd im vierten Abteilungsquerschlag der dritten Sohle ist.

Ein wesentlicher Teil dieser Untersuchungsergebnisse konnte der Bergverwaltung, als sie in einer ihrer Verordnungen an die Werke kategorisch jenen Querschlag als Explosionsherd bezeichnete, nicht unbekannt sein. Dagegen sprechen für 6 am Stöck G als wirklichen Explosionsherd folgende Umstände:

In der Strecke zwischen Ort 4 und 5 ist das Kohlenstöck G vier bis fünf Meter dick, während es sonst nur 1,20 Meter Mächtigkeit besitzt. Gebirgsverhältnisse sind die Ursache. Die beim Abbau dieser dicken Kohle entstandenen Hohlräume sind zum Teil offen geblieben und hier sammelten sich naturgemäß die explosiven Grubengase an. Ferner standen in der oberen Seitenstrecke die Infolge des Kohlenraubs viel höher lag als die normale Durchschnittstiefe, ebenfalls Schlagwetter und gleichfalls im Bremsbereich. Die Gase konnten infolge ungenügender Luftzufuhr nicht regelmäßig beseitigt werden. 10 bis 12 Meter vom dem mit Gafen gefüllten Hohlraum entfernt, wurde ein Bremswert angelegt, in dem geschossen werden mußte.

Ob nun durch die Stichflamme eines Schusses oder wie sonst die Weiter entzündet worden sind, kann vielleicht durch eine eingehende sachmännliche Untersuchung noch festgestellt werden. Daß hier die Explosion ihren Ausgang genommen hat, dafür spricht die Auffindung der sogenannten Koksperlen (Koksstrahlen). Im Aufzuge der Knappschichtbergwerksgesellschaft sind im vorigen Jahre Experimentierversuche über die Explosionsfähigkeit des Kohlenstaubs angestellt worden. Hierbei wurde die alte Erfahrung bestätigt, daß sich die während einer Explosion bildenden Koksperlen auf der der Explosionsrichtung entgegengesetzten Seite des Grubensprengens ausbreiten. Diese Beobachtung wurde nun auf dem uns als wirklichen Explosionsherd bezeichneten Ort 5 im Stöck G und im Bremswert gemacht. Die an dieser

Eisenbahnunglück in Belgien. In Marbeau ist ein Güterzug mit einem Personenzug zusammengefahren. Von den Passagieren des Personenzuges sollen ungefähr 80 verletzt worden sein. Der Lokomotivführer und der Fahrer wurden getötet.

Nachträglich wird noch bekannt, daß bei dem Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Güterzuge nach neueren Feststellungen 60 Personen verletzt wurden, darunter 6 Schwere.

Mord im Eisenbahnwagen. In einem Abteile des Zuges, der von Eindhoven nach Bülklingen fährt, wurde ein Passagier in der vergangenen Nacht überfallen und durch Messerliche tödlich verletzt. Vor der Station Busendorf wurde die Notbremse gezogen und drei Männer sprangen aus dem Zuge. Einer der Flüchtlinge konnte als Täter verhaftet werden und es stellte sich nun heraus, daß er der eigene Bruder des Ermordeten war. Es scheint sich um einen Raubmord zu handeln.

Anschlag auf einen Gelbbrieftäger. Donnerstagabend wurde in Köln ein Raubanfall auf einen Gelbbrieftäger verübt. Ein 26-jähriger Monteur wollte gestern Abend in einem Hause am Niederring, wohin er sich selbst eine Postanweisung abriefert hatte, den Gelbbrieftäger niederlegen und berauben. Durch einen Zufall hatte die Polizei von diesem Plan erfahren, sodaß der Täter noch rechtzeitig verhaftet werden konnte. Der Verhaftete legte ein Geständnis ab und erzählte vollständig seinen verbrecherischen Plan. Der Verbrecher ist schon früher wegen ähnlicher Verbrechen verurteilt worden.

Ein Schüler von seinem Lehrer totgeschlagen. In Auerbach a. d. Bergstraße hat nach einer bei der Würgermeister erfolgten Anzeige der Lehrer Peter Gaertel den neunjährigen Schüler Friedrich Sprechardt, den Sohn eines Schneiders, derart getötet, daß der Junge an den Folgen des Donnerstags nach gestorben ist. Die Untersuchung ist im Gange.

Wasserstoffgasexplosion beim Schulunterricht. In einer Mädchenschule in Frankfurt a. M. entstand in der ersten Klasse während des naturgeschichtlichen Unterrichts beim Experimentieren, eine Wasserstoffgasexplosion. Mehrere Schüler wurden leicht verletzt, eine ziemlich schwer an den Augen, so daß sie nach dem Maria-Frankenhaus gebracht werden mußte.

Schnee in Ungarn. In dem Gebirge von Rößmeß schneit es seit mehreren Tagen. Der Schnee liegt bereits über einen Meter hoch. Die Ernte konnte nicht rechtzeitig eingebracht werden, und die Bevölkerung sieht im folgenden der größten Not entgegen.

Stelle eingetretenen großen Verheerungen zeigen ebenfalls, daß die Katastrophe hier am stärksten gewirkt haben muß, was gleichfalls die Annahme bekräftigt, daß der Explosionsherd hier zu suchen ist. Ich habe durch eingehende Besprechungen mit einer Reihe von Fachleuten die Überzeugung gewonnen, daß die nach dem 9. August, dem Tage des Kaiserbesuchs, auf der Unglückszelle fortgeführten Untersuchungen über die Lage des Explosionsherdes

mindestens ganz erhebliche Zweifel hervortreten müssen.

(Hört, hört!) Man hätte selten der Behörden in Erinnerung an frühere Erfahrungen dem Kaiser nur einen weniger bestimmten Bericht über den mutmaßlichen Unglücksherd erstatten lassen und hätte vor allen Dingen nicht die Vermutungen in so prägnanter Weise mit dem schweren Mafel der Selbstverschuldung belassen dürfen. Diese schwere Verschuldung der Katastrophopfer in dem Bericht an den Kaiser muß um so erheblicher insbesondere auf die Hinterbliebenen wirken, als sie die gegenwärtig immer wieder vertretene Behauptung, für den Begarbeiterstand sei alles Menschennögliche geschehen, vor der höchsten Regierungsstelle noch besonders bekräftigt. (Allseitige Zustimmung.)

Ohne jede Debatte wurde die Resolution Que einstimmig angenommen.

Den Bericht der

Mehrheit der Fraktion

erstattet hierauf

Stabilität: Im Hinblick auf den gedruckt vorliegenden Bericht kann ich mich ganz kurz fassen. Die Aufgabe der Fraktion ist, im Interesse des Protektorats und des Mittelstandes, die Gesetzgebung zu beeinflussen und die ungewöhnlichen Vorrechte des kleinen Teils der Besitzenden zu beseitigen. Die Debatten über die Dreißig Jahre haben bewiesen, daß gerade die Kreise, die behaupten, daß die Sozialdemokratie fordere zum Ungehorsam gegen die Gesetze, selbst die

treuesten und unerschämtesten Verbühner bestehender Gesetze

sind. (Sehr wahr!) 650 Millionen für Wehrforderungen hat die Mehrheit des Reichstages im Handumdrehen bewilligt und die Deckung ausschließlich aus den Taschen der großen Masse genommen. Hier haben auch die Nationalliberalen die Gelegenheit genutzt, unzufallen. Die angebliche Aufhebung der Liebesgabe bedeutete vielmehr eine Erhöhung dieser Prämienliebesgabe. Die Resolution in Bezug auf die sogenannte allgemeine Weissteuer ist nichts als ein Feigenblatt, das nicht einmal in der Lage ist, die Schamlosigkeit des schwarzblauen Blochs in der Debatte zu verdecken. Unsere Fraktion hat erklärt, daß wir für Meer- und Flottenverträge keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, daß wir aber in der gegenwärtigen Situation wenn wir erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, bereit sind für eine Erbschaftsteuer zu stimmen. Ein Antrag der Konservativen auf Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die Koalitionen der Arbeiter ist zwar mit großer Mehrheit abgelehnt, aber wir müssen trotzdem weiter auf der Hut sein und müssen vor allem darauf dringen, daß positive Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter geschaffen werden.

Einige Worte zur

Präsidentenfrage.

Vom Standpunkt der Gleichberechtigung aller Parteien hatten wir selbstverständlich einen Sitz im Präsidium zu beanspruchen. Aber es konnte nicht unsere Aufgabe sein, irgend eine Verpflichtung zu übernehmen, die außerhalb der staatsrechtlichen und in der Geschäftsordnung begründeten Vorschriften lag. Das haben selbst die Nationalliberalen anerkannt. Mit über Zweidrittelmehrheit hat die Fraktion beschlossen, auf keinen Fall zu Hufe zu gehen, um dort Mitteilung von der Konstituierung des Reichstages zu machen, weil das eine Verletzung vor einem bürgerlichen Prinzip wäre.

Unmittelbar vor dem Schluß des Reichstages entstand dann die Frage, ob die Mitglieder der Fraktion bei einem plötzlichen Hufe auf den Kaiser sitzen bleiben oder hinausgehen sollten. Es wurde in einer kurzen Besprechung in den Wandelgängen beschlossen, hinauszufragen. Diese Frage ist ein sich recht möglich. Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß, wenn wir durch Zufall in dem Saale anwesend sind, wenn dem Monarchen eine Fuldigung dargebracht wird, wir selbstverständlich sitzen zu bleiben haben. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das ist zweifellos die Ansicht der Fraktion.

Dann hat in der Presse das Verhalten der Fraktion in der Klausuraufgabe zu einer kurzen Debatte Anlaß gegeben. Die Fraktion hat beschlossen, die betreffende Forderung für die Verlassung der Truppe in Klausur während der Revolution in China abzulehnen. Es ist kein einziger Deutscher während dieser Revolution dort geschickt worden. Wenn wir die Forderung der Regierung anerkennen wollten, wäre das dasselbe, als wenn wir den Engländern die Berechtigung zuerkennen wollten, aus Anlaß des brutalen Ueberfalles der Polizei in Moabit gegen englische Sozialisten ein Armeekorps nach Berlin zu versetzen. (Heiterkeit.) Die 500 Mann sind nicht nach Klausur geschickt zum Schutz von Leben und Gesundheit von Deutschen, sondern um unsere imperialistische Politik im Interesse großkapitalistischer Hochfinanz zu fördern.

Die Fraktion wird nach wie vor bestrebt sein, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens zugunsten der Arbeiterklasse das, was innerhalb des Parlamentes zu erreichen ist, herauszuholen. Aber ich möchte dem entgegenstellen, als ob die Fraktion, weil sie nun 110 Mann stark ist, auf einmal

alle möglichen Wünsche

erfüllen könnte, unsere Stärke beruhe auf dem Bewußtsein, daß hinter uns die große Masse des Volkes nicht, als Stimmvieh, sondern als

bewußte Klassenkämpfer

steht. Erfahren Sie nicht in den Bemühungen, neue Genossen heranzuziehen und an der Vertiefung der gewonnenen zu arbeiten. Nur so ist es möglich, den Genossen im Parlament die Wirkungsmöglichkeit zu geben, die wir alle erhoffen. (Lebhafter Beifall.)

Die

Diskussion

über das Referat wird eröffnet. Zur Debatte gestellt werden die Anträge betreffend die Eisenacher Sonderkonferenz, den Fall Landsberg und eine große Anzahl Wünsche an die Reichstagsfraktion.

Genfchel-Berlin: Genosse Stadthagen hat unseren grundsätzlichen Standpunkt gegenüber allen höfischen Veranstaltungen klar und überzeugend zum Ausdruck gebracht. Ich kann deshalb nur noch einmal darauf hinweisen, daß es ungeheure Enttäuschung erregt hat, wie sich Genosse Landsberg beim Schlußhoch im Reichstag benommen hat. Das Verhalten Landsbergs war um so verwerflicher, als er wiederholt von Genossen zum Verlassen des Saales aufgefordert worden war. Es ist deshalb notwendig, die Resolution gegen Landsberg anzunehmen, damit solche Vorgänge sich in Zukunft nicht wiederholen. (Beifall.)

Haupt-Magdeburg forderte die Fraktion auf, im Reichstags gegen die planmäßige Bewaffnung und den planmäßigen politischen Schutz von Arbeitern energisch Front zu machen. Er erzählt sodann den jüngsten Vorfall aus Burg bei Magdeburg, wo ein Arbeiterwilliger nachts einen am Streik völlig unbeteiligten Genossen niedergeschlagen hat und als er verhaftet werden sollte, einfach erklärte: Ich bin Arbeiterwilliger bei der ober der Firma. Er wurde zwar abgeführt aber sofort wieder entlassen. (Hört, hört!) Die Arbeiterwilligen brauchen nur weilen, dann eilen die Schutzeinheiten zu ihrem Schutze bereit. (Beifall.)

Statt Schutz für die Arbeiterwilligen solle es besser heißen: Schutz vor den Arbeiterwilligen.

Mehrfach-Röh wendet sich gegen die Sonderkonferenzen. Der Parteitag werde hinsichtlich der Sonderkonferenzen verurteilt. Was die Präsidentenwahl anlangt, so meine ich, wenn man gegen die Antikristen war, so hätte man auf die ganze Vertretung bei der Präsidentenwahl verzichtet, daß ohne Polgang die Unterdauer von Scheidemann nur kurz sein konnte, hätte man voraussehen können, dann wäre den Genossen die Entschuldung erspart geblieben. (Gelächter, Rufe: Wer ist entläßt worden?) Die ist zweifellos vorhanden gewesen und die schönen Bilder des Abgeordneten Scheidemann waren noch lange nicht verkauft, als die Präsidentschaft schon vorüber war. Man hat auf die Verschlagene unserer Genossen keine Rechnung gestellt, namentlich des Zentrums. Wer früher noch manchmal von demokratischen Instanzen im Zentrum geträumt hat, ist wohl jetzt völlig davon kurier. Das Zentrum ist unser gefährlichster Gegner und er muß von der Fraktion systematisch noch als bisher bekämpft werden.

Die Genossen Ledebour, Hoch, Wurm und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht:

In Erwägung, daß unvermeidliche Aussprachen, die nur der Verständigung der Genossen dienen und die schon seit jeher stattgefunden haben, die Rechte der Organisationen nicht beeinträchtigen, in Erwägung ferner, daß sie unvermeidlich und geeignet sind, die Geschlossenheit der Partei zu fördern, erklärt der Parteitag die Angelegenheit durch die Aussprache für erledigt und lehnt alle Anträge gegen die Sonderkonferenzen ab.

Hoch-Danau begründet den Antrag. Das erste in den Debatten über die Sonderkonferenzen ist der einstimmige Wille der Partei, die Geschlossenheit der Partei zu fördern. Das ist auch unser Wille. Aber solche Sonderkonferenzen haben bei uns und in anderen Parteien stets stattgefunden. Es ist erstaunlich, daß jetzt gerade die Kreise sich über unsere Sonderkonferenzen so entzünden, die sich nicht entzündet haben, als in Magdeburg der Disziplinlosigkeit geradezu das Wort geredet wurde. In unwahrscheinlicher und schamloser Weise wird von dieser Seite jetzt gegen uns Stimmung gemacht. (Unruhe. Vorstehender rufe: rügt diese Unachtsame Parteiengenossen gegenüber.) Jemand welche Beschlüsse wurden auf der Tag. Konferenz nicht gefast, es war lediglich eine gegenseitige Mitteilung über die Beschlüsse der Organisationskonferenz und das soll ein Sta überverwehen sein. Und gibt es nicht auch schriftliche Mitteilungen? Ist das Parteitagstheft der „Sozialistischen Monatshefte“ nicht auch eine Art Sonderkonferenz? (Heiterkeit.) In der Magdeburger Volksstimme wurde behauptet, die Konferenz sei schon im Reichstag verabredet. Das ist nicht richtig; ebenso wenig, wie in Eisenach über irgend welche Personalfragen gesprochen worden ist. Gegenseitige Mitteilungen sind einfach aus den Financern gezogen. Diese Art des Vorgehens trägt zur Vergiftung des Parteilebens bei. Wir sind durch das Vorgehen der Revisionisten zu unserer Konferenz gezwungen. (Dr. David: das ist un wahr!) Wir werden das beweisen. (Dr. Frank: Sind Sie denn bereit auf die Konferenz zu verzichten? Wir würden es für einen Betrug halten, wenn wir hier Beschlüssen zustimmen würden, die doch nicht gehalten werden können (Lebh. Zustimmung). Solche Konferenzen sind heute für uns das wichtigste Mittel. Die Geschlossenheit der Partei und die Arbeiten des Parteitagstages zu fördern. Auf dem Parteitag in Magdeburg war es der Genosse Frank, der in einer bestimmten Situation beantragte, die Sitzung zu verlagern, damit Sonderkonferenzen abgehalten werden können. (Lebh. Zustimmung. Große Unruhe bei den Südb. Dr. Frank: Ungehört!) Da standen auf der einen Seite die Anhänger des Genossen Dr. Frank, auf der anderen Seite wir, in der Mitte der Parteivorstand und in ein paar Minuten hatten wir uns verhandelt.

Wir haben in unseren Sonderkonferenzen gerade den Heißwornen gewisse Fingel angelegt und gesucht, das herauszufinden, was zu einer Verständigung führt. Das ist ein besserer Weg, als wenn die Verständigung in Cases und Butterbrotabende gedrängt wird. (Unruhe und Sehr richtig.) Wir werden uns dem Beschluß des Parteitagstages loyal fügen; hoffentlich fördert er, was wir und die Antragsteller wollen, die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei. (Lebh. Beifall.)

Herr-Manna: Die Frage der Sonderkonferenz sollte viel ruhiger und stiller behandelt und nicht gleich zu einem Richtungsstreit gemacht werden. Beide Seiten, Ströbel in der Neuen Zeit und Deme in den Sozialistischen Monatsheften, haben sich gegen das Verbot von Sonderkonferenzen ausgesprochen. Es ist ja auch ganz unmöglich, festzulegen, was eigentlich Sonderkonferenzen sind. (Sehr richtig!) Die Protestresolution der Berliner im Fall Landsberg entspricht keineswegs der Bedeutung der Sache. Man sollte den Trommelschlag etwas dämpfen und sollte es bei dem Beschluß der Magdeburger Organisation belassen.

Hier wird das Bedauern darüber ausgesprochen, daß Genosse Landsberg zweifellos einen Disziplinbruch begangen hat und bringt andererseits zum Ausdruck, daß es selbstverständlich ist, daß unsere parlamentarischen Vertreter an monarchischen und höfischen Veranstaltungen niemals teilnehmen.

Baron-Brandenburg: In den Kreisen der Parteigenossen herrscht über die Sonderkonferenzen große Erregung und es wird eine motivierte Erklärung notwendig sein, um die erregten Gemüter draußen zu beruhigen. Redner behandelt die einheitliche Regelung der Strafrechtsreform auf moderner Grundlage und weist darauf hin, daß die Meinungen darüber auseinandergehen, wie ein modernes Strafgesetz auszusehen hat. Professor v. Kist ist in einzelnen Dingen sehr reaktionär. Es steht noch nicht fest, ob er namens der Liberalen die Prügelstrafe vertreten wird, wie er für die Todesstrafe eingetreten ist. Im Hinblick auf die Verhandlungen des letzten Juristentages muß sich der Parteitag gegen die Todesstrafe aussprechen, damit die Juristen erfahren, daß die Masse des Volkes gegen die Todesstrafe ist. (Beifall.) Weiter sollten die krassten Fälle von Klassenjustiz sorgsam gesammelt und veröffentlicht werden.

Frank-Mannheim: Ich bedauere, daß Hoch in unsere Verhandlungen ohne Veranlassung einen so scharfen Ton gebracht hat; trotzdem er dem Frieden dienen zu wollen vorgab. Ich stelle fest, daß von den Anträgen gegen die Sonderkonferenzen nicht ein einziger aus Süddeutschland stammt. (Sehr richtig.) Hoch hat gesagt, die Revisionisten hätten mit den Konferenzen angefangen und sie seien unentbehrlich. Das ist ein Widerspruch, denn aus seiner ersten Behauptung geht doch hervor, daß es eine Zeit in der Partei gegeben hat, wo die Partei ohne Sonderkonferenzen auskam und gut dabei stand. Wichtiger ist seine zweite Behauptung, solche Konferenzen sind unentbehrlich. Es ist recht gleichgültig, jetzt zu untersuchen, wer angefangen hat, die Sonderkonferenzen sind nun einmal eine Tatsache und wenn Genosse Hoch nicht das Verschulden auf die eine Seite hätte abwägen wollen, hätte ich kein Wort darüber verloren. Wir haben früher nicht Richtungsänderungen in landmannschaftliche Konferenzen abgehalten, als uns das notwendig erschien. Daß die Konferenzen unentbehrlich sind, kann ich nicht anerkennen. Sie dienen nicht der Verständigung, man kann ohne sie auskommen. Wir sind auf diesem Parteitag nicht eine Minute zusammengetreten. (Ledebour: Dort sitzt Ihr Aktionsausschuß!) Sie übertragen Ihre Methode auf uns. Also ich kann nur sagen: die Sonderkonferenzen existieren, wer damit angefangen hat, ist eine müßige Frage. Es kommt vielmehr darauf an: kann die Partei ohne Sonderkonferenzen auskommen? Und da sind zahlreiche Parteigenossen der Meinung: ja es geht, wenn wir alle uns als Sozialdemokraten fühlen. Ich kann auch im Namen der süddeutschen Genossen erklären, daß wir im Sinne dieser Überzeugung auf diesem Parteitag auch schon gekandelt haben und daß wir bereit sind, wenn von der anderen

Seite das Gleiche gewollt wird, auf Sonderzusammenkünfte in Zukunft zu verzichten.

Wenn Hoch behauptet hat, ich hätte in der Kommission, die vom Parteitag eingesetzt war, eine Sonderkonferenz selbst verlangt, so ist das eine Entstellung der Wahrheit und ich hätte allen Anlaß, Hoch die scharfen Worte zurückzugeben, die er gegen meine Freunde gebrauchte. Ich habe lediglich, als der Parteivorstand neue Vorschläge brachte, die wir noch nicht kannten, gebeten, die Sitzung zu unterbrechen, damit man sich im Rahmen der Kommission privatim verständigen kann. Ich habe auch mit dem Parteivorstand und mit Hoch in dieser Parteistunde mich unterhalten. Das ist also ganz etwas anderes. Es mag wahr sein, daß es unmöglich ist, eine private Verständigung von Genossen einer Richtung zu verhindern, aber Tatsache ist auch, daß durch solche Konferenzen, die im Begriffe sind, sich zu Sonderorganisationen auszuwachsen, auf die Partei in Gefahr gebracht wird. Wenn Sie sich nicht dazu kommen wollen, ein Verbot von Sonderkonferenzen auszusprechen, so würde ich mindestens empfehlen, daß der Parteitag den dringenden Wunsch ausdrückt, diese Sonderkonferenzen abzuschaffen. Dadurch wird sicher dem Frieden in der Partei am besten gedient werden. (Bravo!)

Vorweg-Niederbarmen hält die Sonderkonferenzen durchaus für entbehrlich. Zur Erörterung von Parteifragen sind die Organisationen da. Wenn die Sonderkonferenzen weiter unternommen werden, so leidet die Partei Schaden. Man hat den Revisionisten vorgeworfen, daß sie sich gesellschaftlich abgeschlossen haben. Aber wenn man den Frieden will, soll man das, was man nicht schön findet, nicht nachmachen.

Es läuft folgender Antrag ein: Der Parteitag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Parteigenossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte bestimmter Richtungen vermeiden. Der Parteitag geht über sämtliche Anträge, betreffend Sonderzusammenkünfte, zur Tagesordnung über.

Webel: Mehrheit hat bedauert, daß wir uns an der Präsidentenwahl beteiligt haben. Wir haben aber damit nur getan, was bisher schon Übung war und wenn Mehrheit den Standpunkt nicht ändert, hätte er schon vor Jahren dagegen aufzutreten müssen. Daß wir eine moralische Niederlage bei der Präsidentenwahl erlitten hätten, bestreite ich entschieden. Darüber war sich die Fraktion nicht im Zweifel, daß Genosse Scheidemann eine vorübergehende Erscheinung auf dem Präsidentschaftstisch sein würde. (Beifall.) Weiter sagte Mehrheit, man hätte von den Hundertzahn Zahlen verlangt. Ich habe aber bereits nach der Wahl 1903 vor der Fraktion gemerkt, daß wir als Minoritätspartei besondere Zahlen verzeichnen könnten. Wir haben jedenfalls getan, was in unseren Kräften stand. Dann liegt ein Antrag vor, der Doppellandtagsverträge vermeiden wollen will. Im Prinzip stimme ich dem alle zu. Aber ich warne davor, einen bestimmten Beschluß nach der Richtung zu fassen. Zu meinem Bedauern ist in Sachien ein solcher Beschluß gefast worden. Reichs- und Landesgesetzgebung arbeiten aber fortgesetzt ineinander und ist es für unsere Fraktion absolut notwendig, in ihrer Mitte Leute zu haben, die mit den einzelnen Landesangelegenheiten vertraut sind. (Sehr richtig!)

Dann ein paar Worte zu dem Thema der Konferenzen. Viele Konferenzen sind schon seit etwa 40 Jahren in der Partei, wenn auch nicht regelmäßig, geübt worden. (Hört, hört.) Wir haben in den 80er Jahren in der Fraktion zwei sehr scharf unterchiedene Richtungen gehabt, namentlich in der Frage der Dampferkonvention. Wir standen 18 gegen 6 und zwar waren die Sechs die Linke, wozu ich selbstverständlich gehörte. (Heiterkeit.) Wir würden aber nur fünf gewesen sein, wenn der Sechste, der mit uns stimmte, seiner inneren Personenzueigung hätte folgen können. Aber er hatte eine sehr vernünftige Frau, die hatte ihm geraten: Höre, August, wenn Du jetzt in den Reichstag kommst, wirst Du regelmäßig mit Webel stimmen (Große Heiterkeit). Webel ist ein sehr vernünftiger Mann. (Erneute Heiterkeit.) Wir als kleine Minderheit brauchen damals keine Konferenzen, wir haben uns immer reich verstanden. Aber die anderen 18 haben regelmäßig Konferenzen abgehalten. Nachher haben wir uns verständig und sind sogar einstimmig gegen die Dampferkonvention aufgetreten. Von da ab sind meines Wissens im Reichstag nicht wieder Konferenzen vorgekommen bis zum Anfang dieses Jahrhunderts.

Man will ich niemand einen Vorwurf machen, aber doch im Interesse der Wahrheit konstatieren, wie die Sache gegangen ist. Grant hat bereits gesagt, daß die süddeutschen Parlamentarier Landmannschaftskonferenzen abgehalten haben. Richtig, aber sie haben bei der Gelegenheit auch ihre Lasten festgelegt und sich insbesondere verständigt in der Budgetfrage gemeinsam zu stimmen. Diese Art Verbindung ist dann später in den Reichstag übertragen worden. Tann erst ist auf der anderen Seite das Verlangen entstanden, sich in Sonderkonferenzen zu vereinigen und so ist das seit etwa 7 Jahren beiderseitig geschehen und ist mittlerweile auch auf die Parteitage übertragen worden. Deshalb möchte ich Ihnen dringend empfehlen, daß Sie den zuletzt von Sindermann eingebrachten Antrag annehmen, denn die anderen dürfen Sie ja garnicht annehmen. Sie können unmöglich mit einem Gewissen für die schärfste Verurteilung der Sonderkonferenzen stimmen, während doch ein großer Teil von Ihnen selbst zu den Sündern gehört hat. Ich habe mich ja nie daran beteiligt, wie überhaupt der Vorstand selbstverständlich Zurückhaltung dabei geübt hat. Wir werden uns alle sehr freuen, wenn es künftig ohne Sonderkonferenzen geht. Als der letzte Reichstag zusammentrat, entstanden sehr unzureichende Verhältnisse dadurch, daß jede Richtung unter den neuen Fraktionsgenossen Anhänger für sich zu erwerben suchte. Bei mir haben sich Fraktionsgenossen hinter das über beschwert, indem sie sagten, sie wollten zu keiner Seite gehören, aber dann hätten sie keine Aussicht, als Redner vorgerückt oder in Kommissionen entsandt zu werden. Daraufhin hat der Fraktionsvorstand beschlossen, es soll diese Art Sonderkonferenzen aufhören, und es solle dem Fraktionsvorstand überlassen bleiben, aus den sich Meibenden die Redner und Kommissionsmitglieder zu bestimmen. Das haben wir auch mit größtmöglicher Unparteilichkeit getan und es ist bis jetzt ausgefallen gegangen. (Bravo!) Also wir werden uns freuen, wenn die Sonderkonferenzen aufhören und um einen Versuch dazu zu machen, bitte ich Sie, den Antrag Sindermann anzunehmen. (Stärm. Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Wurm geht den Antrag für die Sonderkonferenzen zugunsten des Sindermannschen Antrages zurück.

Ledebour beantragt nunmehr die Vertagung der Sitzung auf Freitag.

Reinert: Ich bitte, die Vertagung jetzt abzulehnen und mich das Schlußwort sowie die Abstimmung vorzunehmen, damit nicht durch eine neue Sonderkonferenz das Schlußwort morgen eine bestimmte Tendenz erhält. (Unruhe und Zustimmung.)

Ledebour: Ich verwahre mich gegen diese Verdächtigungen meiner Absicht.

Der Parteitag beschließt, die weiteren Verhandlungen zu vertagen.

Vorstehender Haase: Die Budapest Arbeiter sind erneut auf die Straße gegangen, um für das allgemeine geheime Wahlrecht zu demonstrieren. Auf den Straßen von Budapest ist Blut geflossen, es herrscht dort gegenwärtig der Terror der Polizeigewalt. Doch die ungarischen Arbeiter werden ebenso wie früher die österreichischen nicht ruhen, ehe sie das Wahlrecht, das sie erstreben, erkämpft haben. Die ungarischen Arbeiter können versichert sein, daß die deutsche Sozialdemokratie sie in ihrem Kampfe mit den innigsten Sympathien begleitet. (Lebhafter Zustimmung.)

Ein großer Verein ist kein Verein.

Der gewöhnliche Sterbliche sieht das zwar nicht ein, aber die Breslauer Arbeiter sagen es immer von neuem: Sie folgen darin einem Reichsgerichtsurteil, das kaum zu den Klagenleistungen des höchsten Gerichts gehören dürfte. Alle großen Vereine sollen Vereine nicht mehr sein. Es ist sehr bedauerlich, daß unter dieser sonderbaren Auslegung zunächst die Bildungsarbeiten der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteiorganisationen zu leiden haben.

Am 22. November 1911 (Dienstag) wurde von den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes im „Gewerkschaftshaus“ das Melodrama „Enoch Arden“ aufgeführt, wobei die Herren Regisseur Otto Gerlach und Pianist Hugo Warkl mitwirkten. Eingeladen wurden nur die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. Trotzdem sah die Polizei in der künstlerischen Vereinsausführung die Veranstaltung einer öffentlichen Lustbarkeit ohne die vorgeschriebene Anmeldung. Ein Beamter der Polizei hatte sich eine Eintrittskarte zu verschaffen gewußt und deshalb sagte man sich im Polizeipräsidium, hier ist ein Fortschritt auch an Nichtmitgliedern erfolgt. Das Polizeipräsidium hat sich, wie wir feinerzeit berichteten, wohlwollend gehalten, den Namen ihres Gefessels zu nennen. Das Schöffengericht sprach die angeklagten Genossen Kasch und Koblitz frei, weil es annahm, daß nur Mitglieder des Holzarbeiterverbandes geladen waren und Zutritt hatten. Die vierte Strafkammer hat aber am Donnerstag auf die Berufung des Anklambals das freisprechende Urteil aufgehoben und die Genossen Kasch und Koblitz zu 3 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Berufungsgericht sah in der Veranstaltung keine geschlossene Vereinssammlung, anhaltend. Der Holzarbeiterverband habe eine so große Mitgliederzahl, daß man seine Veranstaltungen nicht als geschlossene betrachten könne.

Der ärztliche Sonntagssdienst

ist in Breslau schon teilweise durchgeführt, allerdings nur vor dem Doktor. Es wird uns darüber von einem Arzte geschrieben:

In Ihrem Artikel über ärztliche Sonntagssdienste, teile ich Ihnen ergeben mit, daß die Verleitung der Ärzte vor dem Doktor bereits seit circa 20 Jahren eine beständige Einrichtung gewesen hat. Der Arzt du jour ist verpflichtet, von mittags 2 bis abends 10 Uhr die anderen Kollegen zu vertreten.

Angenblicklich sind 13 Ärzte bei diesem Dienste beteiligt und zwar: Dr. Carl Beder, Dr. Brunn, Sanitätsrat Dr. Lohrenbruch, Dr. Datsch, Dr. Ehrlich, Dr. Feder, Dr. Adler, Dr. Grünberg, Dr. Lomnitz, Dr. Neustick, Dr. Neumann, Dr. Schwabach und Dr. Bieda.

Am 22. September wird der Sonntagssdienst von Herrn Dr. Lomnitz, Wallhosenstraße 126 (Zernsprecher 389) versehen.

Daß in Breslau dieser Sonntagssdienst in der Oberstadt besteht, dürfte öffentlich noch nicht bekannt sein. Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, ist Ausschick vorhanden, den ärztlichen Sonntagssdienst demüßigt in Breslau allgemein durchzuführen. Der Ortskrankenkassen-Verband hat bereits die vorbereitenden Schritte getan, und es ist zu hoffen, daß seine Bemühungen recht bald den gewünschten Erfolg haben.

Wir möchten noch bemerken, ein Arzt sollte Sonntags nur dann gerufen werden, wenn er dringend nötig ist. Es wäre z. B. Unrecht, eine Krankheit wochenlang ansiehen zu lassen, um dann gerade an einem Sonntage zum Arzt zu schicken. Wer, wie die meisten Ärzte, eigentlich nie Feierabend hat, der verdient sich, wie jeder Arbeiter und Angestellte, seine ungeführte Sonntagssruhe.

Achtung, Dreher! In den Linke-Pösmann-Werken (Abteilung Maschinenbau) haben heute 120 Dreher die Arbeit niedergelegt, weil die von ihnen geforderten höheren Stundenlöhne nicht bewilligt wurden. Zugang ist ferngehalten.

Die Indier. Dort draußen hinter dem Hauptbahnhof, auf den jetzt etwas feuchten Teufelstern, ist hinter grauen Zelplanen und unter einem noch graueren Himmel eine neue Welt entstanden: Indien. Zwar die Märchenräume unserer Kindheit, die Erinnerung an jene Schilderungen, die uns etwa ein Krieger von jenem merkwürdigen Volke gab, sie müssen wir in Hause lassen. Aber dennoch bietet die „Schau“ genügend Anlaß, das Welt ist, für einige Stunden unsere Aufmerksamkeit zu fesseln. Es ist zwar für vornehm empfindende Naturen immer etwas peinlich, daß man jene sogenannten „Wilden Völker“ gleichsam wie wilde Tiere anstarren muß. Jenes Gefühl wird aber sicher etwas herabgemindert, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß das Wort J. v. Luschans auf dem 7. internationalen Geographenkongress: Die Kultur des sogenannten Wilden ist nicht eine schlechtere als unsere, sondern nur eine andere, daß dieses weise Wort auf die indischen Völker ganz besonders zutrifft. Diese Völker haben eine uralte Kultur. Wir haben auch sonst keine Ursache, auf die Indier herabzusehen, denn sie bieten uns selbst hier, unter den denkbar ungünstigsten Umständen, genug des Interessanten. Wenn gleich wir von dem eigentlichen indischen Volkstypus, der allen objektiven Schilderern und Kennern des Landes die größte Hochachtung abgerungen hat, nicht viel merken werden. Dem Wesen einer solchen Veranstaltung entsprechend, hat die Zeitung das größte Gewicht auf eine kritische Darbietungen gelegt. Und hierin etwas Lichtes zu leisten, war nicht schwer, da der Indier nicht nur eine naive Freude für bezahlte Kunst hat, sondern auch durch seinen schlanken, schmieglamen Körper der geborene Akrobat und Jongleur ist. Wenn auch einige Darbietungen uns kaum mehr denn ein Lächeln abdrücken werden, so erwecken doch die Leistungen der Gufarates-Akrobaten, ihr Arbeiten am fettschneidenden Bambus, besonders aber die munteren Leistungen der Menschenpyramiden, unsere vollste Aufmerksamkeit. Das Beste aber sind die arbeitenden Handwerker, wie Tischler, Weber, Ebenholzschnitzer, Drechsler usw. Vielleicht wird mancher mit Heringschäufel auf jene noch handwerksmäßige, ja oft recht primitive Arbeitsweise herabsehen. Aber jene Arbeitsweise hängt eng mit dem gesellschaftlichen Aufbau der großen indischen Völkervereinigung zusammen, die noch heute auf dem jahrtausendalten Ganges-Romanismus ruht. Jede Gemeinde, jedes Dorf ist ein Staat für sich. Alle Bedürfnisse werden im wesentlichen von Mitgliedern der Gemeinde besorgt; man stellt nur soviel her, wie gebraucht wird und dafür reicht diese Arbeitsweise völlig aus. Sie bedingt aber auch, daß sich der Arbeiter viel mehr dem herzustellenden Gegenstand widmet, weiß er doch, für wen er ihn macht (und dieser geht nicht, wie bei uns, in die Welt hinaus), und darum bestimmen die Arbeiter ein etwas kunstgewerbliches Aussehen. Da wir nun gerade bei der Arbeit sind, so könnte man fast wünschen, daß der Arbeiter in der Welt noch mehr Gelegenheit geboten wäre, ihre Intelligenz und Kraft zu zeigen. Der Waren-Krieg — eine Genation für viele — konnte nicht vorgeführt werden; Meßer und Hammer sind die wichtigsten Werkzeuge. Vielleicht richtet die Direktion auch einige billige Werkzeuge ein. Alles in allem können wir den Besuch empfehlen.

In die Teuerungskommission, die beraten wird, was für die bessere Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmittel zu tun sei, sollen aus der Stadtverordneten-Versammlung die Liberalen Scharte, Wolf und Dr. Goldschmidt, der Merkale Herschel, die Konservativen John und Dr. Nitsche und die Sozialdemokraten Müller und Wiener gewählt werden. Der Magistrat hat bereits vier Mitglieder aus seiner Mitte ernannt.

Vielfrauentour! Sonntag, den 22. September, vormittags 10^{1/2} Uhr, im „Noten Löwen“, Verammlung mit wichtiger Tagesordnung. Die Branchenleitung.

Achtung, Arbeiter. Sonntag, den 22. September, vormittags 10 Uhr: Verammlung im Zimmer des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zur Konferenz in Frankfurt a. M. Die Kolonnenführer werden erlucht, über die Beitragsmarken abzurechnen. Der Vorstand.

Verband der Steinseher und Verlagsgeossen (Sektion III, Hilfsarbeiter). Mittwoch, den 25. September, abends 7 Uhr, im „Noten Löwen“, Kupfersteinstraße: Verammlung. Der Sektionsleiter.

Freie Turnerschaft Breslau. Nächsten Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, wird auf dem städtischen Spielplatz Eichenpark in Pöpelwitz das vollständige Abitur voranstellen. Es bildet den Schluß der eigentlichen Vereinsspiele. Wir bitten die Freunde der freien Turn- und Spielsache, recht zahlreich zu erscheinen. Sollten doch die freien Turner und Turnerinnen bewiesen, welche Fortschritte sie im verflochtenen Sommerhalbjahr gemacht haben. Die Kampfleiter (Weniger) Sitzung ist morgen Sonntagabend Punkt 8 Uhr im „Cyprianer Schloß“, Friedrich-Wilhelmstraße, Vereinszimmer eine Treppe. Die Mitglieder der Altersabteilung und die Freunde und Gönner der Freien Turnerschaft sind hiermit verbindlich eingeladen. Besondere Einladungen ergehen nicht. Der technische Ausschuss.

Ein tödlicher Straßenunfall, der sich Donnerstag auf den Aachener ereignete, ist zu melden, daß der überfahrene und getötete Radfahrer der 30 Jahre alte Barbler Scherke, Einbaumstraße 28, ist, der verheiratet war und drei kleine Kinder hinterließ. Die Familie lebte in gebrüchlichen Verhältnissen, jedoch außer Stande war, eine Versicherung abzuschließen. Die Frau und die Kinder sind durch den plötzlichen Tod ihres Ernährers in die größte Not geraten. Über den Unfall selber ist folgendes festgestellt worden. Sch. kam auf seinem Wege von der Wilhelmstraße her hinter einem Straßenbahnzuge gefahren und wollte diesen rechts überholen. Da dort aber ein Pferdekarren langsam dahinfuhr, so bog er nach der linken Seite aus, bemerkte aber, daß hier ein Straßenbahnzug entgegenkam, dem er nun nach links ausweichen mußte, da er zwischen den beiden Straßenbahnzügen nicht hindurch konnte. Das Unglück wollte es, daß ihm hier ein Radfahrer, ein Eisenbahnpraktikant, entgegenfuhr, neben dem wieder das Kraftautomobil der städtischen Brauerei dahinfuhr. Die beiden Radfahrer stießen zusammen wobei der Verunglückte gerade vor das Kraftautomobil stürzte. Der Fahrer dieses Wagens konnte fast auf der Stelle halten, doch hatte ein Vorderreifen bereits den Unterleib des Liegegefallenen erfasst und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Nach ein schwerer Straßenunfall. Auf der Schneidmühlstraße prallte am Mittwoch nachmittags ein Kraftwagen beim Überholen eines Straßenbahnzuges mit einer ihm entgegenkommenden Droische zusammen. Die Droische der Droische traf den Fahrer des Kraftwagens ins Gesicht, so daß er ohnmächtig niederlief und von seinem Dienstherrn, der das Automobil sofort zum Stehen brachte, in die Wohnung geschafft wurde. Das Droischenverderb erlitt auch so schwere Verletzungen, so daß es zu einem Zertrümmerung wurde.

Zusammenstoße mit der Elektrizität. Auf der Friedrich-Wilhelm-Straße stieß am Mittwoch ein zweirädriger Handwagen beim Ausweichen vor einem Sandwagen mit einem Straßenbahnzuge zusammen; an dem Motorwagen wurde der Vorderreifen stark beschädigt. — An demselben Tage stieß auf der Gartenstraße, Ecke Claasstraße, eine Droische 1. Klasse mit dem Anhänger eines Straßenbahnzuges zusammen. An der Droische wurden die Scheiben zertrümmert, die Droische zerbrochen und überhaupt das ganze Fahrzeug arg beschädigt.

Ueberfahren wurde am Mittwoch auf der Vogelweide an der Hühnerstraße ein Schüler von einem Möbelwagen; der Knabe erlitt bedeutende Verletzungen.

Einem Gasbandelier ungesahren hat am 17. September auf der Tauenhainstraße, Ecke Teichstraße, ein Kraftwagen, der zu schief die Ecke bog, so daß er auf den Bürgersteig geriet und gegen den Laternenständer prallte. Angestellte der städtischen Gaswerke besichtigten den beschädigten Laternenständer und verurteilten die entstandene Gasauströmung.

Funddiebstahl. Einem auswärtigen Geschäftsdiener, der im Parteisaal vierter Klasse des hiesigen Hauptbahnhofes am 18. September, abends, eingeschlafen war und seinen wertvollen Hund an das Tischbein mittelst der Leine gebunden hatte, wurde der Hund gestohlen.

Kinderwagen-Diebstahl. Am 18. September wurde aus dem Hause Dessauerstraße 5 ein eleganter Kinderwagen mit besten im Werte von 120 Mk. gestohlen.

Von einer Kraftdroische angefahren wurde am 18. September am Ohlauufer, Ecke Feldstraße, ein radfahrender Freizeiter. Erhebliche Verletzungen am linken Oberarm waren die Folge. Der Verunglückte mußte in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden.

Verloren wurden eine Handtasche mit Inhalt, zwei goldene Ringe, ein Regenschirm mit Futteral, eine schwarze Tasche, eine Handtasche mit Inhalt, zwei Portemonnaies mit Inhalt, eine silberne Damenuhr mit Kette, ein Pompadour mit Inhalt und ein silbernes Gliederarmband.

Gefunden wurden ein Feuerzeug, ein Schlüsselbund, zwei Portemonnaies mit Inhalt, ein goldener Ring mit Steinen, ein silberner Ring, ein goldener Fingerring, eine silberne Perrenuhr, eine Matrahe, ein Regenschirm, ein Jagierstock und ein Buch. Zu erkragen im Fundbureau des Polizei-Präsidiums, Ursulinerstraße 20.

Arbeiterbewegung.

Der Streit der Holzplazarbeiter in Gieselerstraße dauert unverändert fort. Die Unternehmer haben zwar hin und wieder Arbeitswillige gefunden, es gelang aber immer, einen größeren Teil der Streikbrecher wieder abzuschieben. Mit dem Rest können die Unternehmer nicht viel Staat machen, da diese Arbeiter im Entschieden der Schiffe gar keine Erfahrung haben.

Der Fährerstreit in den Unterwertern, der hauptsächlich um Verletzung der Arbeitszeit geführt wird, dauert fort. Die Unternehmer sind hartnäckig; bei ihrer guten und leistungsfähigen Organisation aber können die Arbeiter den Erfolg ruhig abwarten.

Zum Metallarbeiterkongress in Köln. Die große Lohnbewegung der Metallarbeiter der Bezirke Köln und Mülheim hat, wie wir berichteten, zu großen Zellerfolgen der Arbeiter geführt. Nachträglich ist es in einem Betriebe zum Zustand gekommen, und zwar in der Maschinenfabrik von Schuster und Comp. in Köln-Rail.

Vollständiger Sieg der New Yorker Arbeiter. Der Generalstreik der 12000 Arbeiter New York hat nach einwöchiger Dauer mit einem vollständigen Sieg der Streikenden geendet. Zahlreiche gestellten Forderungen, wie Anerkennung der Organisation und der Verfall-Vertrauensperson, 8 stündige Arbeitszeit, freier Sonnabendnachmittag, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und der Überstunden, Beibehaltung des früheren Meisterlohns innerhalb der Werkstätten und Verbot, nach Feierabend Arbeit nach Hause zu gehen, wurde bewilligt. Die große Mehrzahl der Streikenden hat die elf Wochen unter großen Entbehrungen durchgemacht. In den letzten Wochen hatten sich etwa 500 Komitees gebildet, die in New York und in den Vorstädten öffentlich Gelder sammelten. Erreicht wurde der Sieg aber nur durch die Beschlossenheit und den Zusammenhalt der gelernten und ungelerten Arbeiter und der Arbeiterinnen.

Neueste Nachrichten.

Ein seiner Minister.

Budapest, 20. September. Der oppositionelle Abgeordnete und frühere Staatssekretär Jolan Tesi erhebt gegen den ungarischen Ministerpräsidenten von Lukacs schwere Anschuldigungen. Er behauptet, daß von Lukacs vier Millionen Staatsgelder zu Wahlzwecken unterschlagen habe und will bereits in den nächsten Tagen den allernächsten Nachweis für seine Behauptungen führen. Er spricht die Überzeugung aus, daß viele Abgeordnete der Regierungspartei, wenn sie von der Herkunft der Gelder hören werden, diese entweder zurückhalten oder auf ihr Mandat verzichten. Die Anklage hat eine ungeheure Aufregung, nicht nur in Regierungskreisen und in den Kreisen der Abgeordneten, sondern in allen Schichten der ungarischen Bevölkerung hervorgerufen.

Budapest, 20. September. (S. V.) Der gestrige Abend ist überall ruhig verlaufen. Die Gefasche weiterer Straßenkrawalle und Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär ist geschwunden. Das in Bereitschaft gehaltene Militär- und Gendarmenkorps ist wieder eingezogen. Die Polizei versteht nunmehr allein den Nachtdienst. Die verurteilten, beschuldigten 50 Abgeordnete nach Wien zu reisen.

Vorbereitungen zum Kampf.

Berlin, 20. September. (S. V.) Eine Vertrauensmänner-versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen des deutschen Holzarbeiterverbandes, die gestern abend tagte, beschloß nach lebhafter Debatte, in Anbetracht der im nächsten Frühjahr drohenden Kämpfe in der Holzindustrie den wöchentlichen Beitrag vom 1. Oktober d. J. ab von 1 Mk. auf 1,25 Mk. zu erhöhen.

Selbsthilfe.

Karlsruhe, 20. September. Infolge der horrenden Fleischpreise hat sich jetzt die babilische Grenzverletzung bis zu den Industrieorten des Rheintales hinaus, veranlaßt gesehen, ihren Bedarf an Fleisch im schärfsten Grenzverkehr aus der Schweiz zu beziehen. Obwohl es im Grenzverkehr, nur gestattet ist, bis zu vier Pfund pro Kopf über die Grenze nach Westen zu schaffen, sind doch bereits große Fleischmassen auf diesem Wege über die Grenze gekommen. So wurden auf diese Weise bisher im Durchschnitt über 10 Zentner Fleisch pro Tag schicklich über die Grenze eingeführt. Ganze Karawanen von Frauen und Kindern, sämtlich einfache Leute, ziehen zu Fuß über die Grenze hinüber, nach den benachbarten schweizerischen Orten, um von dem billigen Angebot der Schweizer Fleischer zu profitieren. Der Andrang der babilischen Fleischkäufer in die Schweizer Fleischläden ist manchmal so stark, daß wiederholt Polizei aufgebaut werden mußte, um die dichtgedrängte vor dem Hause wartenden Käufer in Ordnung zu halten.

Auflauf.

London, 20. November. Bei der Bank von England sind 180 Banknotenarbeiter in den Aufstand getreten. Sie verlangen Lohnhöhungen und den Fortfall der bisher üblichen Geldstrafen. Die Streikenden veranfaßten in den Straßen in der Nähe der Bank einen Aufruhr.

Bombenexplosion.

Konstantinopel, 20. September. Die Zeitung „Simaja“ meldet, daß am Montag in der Moschee von Nischibi im Vilajet Adrianopel während der Gebetsstunde eine Bombe explodiert ist. Die Explosion soll von geradezu gräßlichen Folgen gewesen sein. Fünfundzwanzig Personen sollen dabei getötet und gegen 120 Personen zum größten Teil schwer verwundet worden sein. Eine Bestätigung dieser entsetzlichen Nachricht von offizieller Seite liegt bisher noch nicht vor.

Streikende Bahnarbeiter.

Madrid, 20. September. Der gestrige Ministerrat beschloß sich ausschließlich mit dem Aufstand der katholischen Eisenbahner und verfaßte eine Reihe von Maßnahmen und Maßregeln, um den Verkehr der Personenzüge nach Möglichkeit zu sichern.

Verammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Sonabend, den 21. September: Arbeiter-Exerzitien. Abends 8 im Zimmer 6.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Sonntag, den 22. September, morgens 8 Uhr, findet von dem Lokal Friedrichstraße 50a aus eine Agitation für die Volkswacht statt, zu der wir besonders die Genossen der umliegenden Distrikte dringend einladen.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Sonntag, den 22. September, morgens 8 Uhr, findet von dem Lokal Friedrichstraße 50a aus eine Agitation für die Volkswacht statt, zu der wir besonders die Genossen der umliegenden Distrikte dringend einladen.

Volkswacht-Agitation.

Sonntag, den 22. September, morgens 8 Uhr, findet von dem Lokal Friedrichstraße 50a aus eine Agitation für die Volkswacht statt, zu der wir besonders die Genossen der umliegenden Distrikte dringend einladen.

Land-Distrikt 3. Bezirke: Carlowitz, Schottwitz, Cavallen, Friedewalde.

Sonabend, 21. September, abends 8 Uhr, bei Claf in Friedewalde, außerordentliche Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Die Verhältnisse im Distrikt. 2. Vortrag des Genossen Stowig aus Klettern. 3. Verschiedenes.

Land-Distrikt 7. Bezirke: Klein-Gandau, Schmiedefeld, Cosel, Bilsitz und Malschwitz.

Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, bei Gnawitz in Schmiedefeld: Frauenversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Gellrich aus Breslau. 2. Wie agitierten wir unter den Frauen? 3. Wahl einer Leiterin der Frauenabende. 4. Verschiedenes.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
Kaufen Sie schnell und billig bei
Paul Hauschild Jr.,
Eisenwarenhandlung,
102 Friedrich-Wilhelmstraße 102.

Breslau

Breslau
Krauerhase
Beuthen O.-S.
Vereins-Brauerei A.-G.

Brieg

Brieg
Alkoholische Getränke
Bäckereien und Konditoreien

Bunzlau

Bunzlau
Biergrosch, Limonade u. Selterfabr.
Fleischereien u. Wurstfabriken

Bunzlau

Bunzlau
Fleischereien u. Wurstfabriken
Bäckereien u. Konditoreien

Bunzlau

Bunzlau
Fleischereien u. Wurstfabriken
Bäckereien u. Konditoreien

Bunzlau

Bunzlau
Fleischereien u. Wurstfabriken
Bäckereien u. Konditoreien

Bunzlau

Bunzlau
Fleischereien u. Wurstfabriken
Bäckereien u. Konditoreien

Bunzlau

Bunzlau
Fleischereien u. Wurstfabriken
Bäckereien u. Konditoreien

Bunzlau

Bunzlau
Fleischereien u. Wurstfabriken
Bäckereien u. Konditoreien

Bunzlau

Bunzlau
Fleischereien u. Wurstfabriken
Bäckereien u. Konditoreien

Fleischereien und Wurstfabriken.
Genz. Gantl.
Starobiz, Adolf, Al., Canbau.

Dtsch.-Lissa-Stabelwitz
Bäckereien.
Hilfshaus S. Dtsch. Wks. Droschkestr. 20.

Wasserleitungen und Restaurateure.
Polaner, August, Breslaustr. 21.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Guder, Gustav, Breslaustr. 17.

Haus- und Kleingewerbe.
Weiß, W., Breslaustr. 10, Kohlstr.

Kaufhaus.
Rauhand Brauer, Breslaustr. 1, 2, 3, 4.

Kolonialwaren.
Bretschneider, G., Truhenstr. 1.

Restaurateure.
Männerstr. 1, (Kornel), Al.-Seibau.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Stake, W., Breslaustr. 18.

Uhren, Gold- u. Silberwaren.
Dermann, Rudolf, Breslaustr. 31, pr.

Weiss- und Wollwaren.
Witsch, Joseph, Altschstr. 2.

Glogau
Bäckerei.
Meber, Adolf, Rühstr. 15.

Horren- u. Knaben-Garderobe.
Herrmann, W., Preussstr. 2, 3, 4.

Korben, Kleingewerbe.
Korben, Kleingewerbe, Altschstr. 1, 2.

Uhren u. Goldwaren, Optische Artikel.
Kosch, W., Preussstr. 21, Falschlamp.

Zigarren u. Zigaretten.
Tillig, Hermann, Dom-Seibweg.

Goldberg
Bienenzucht-Verband Goldberg.
garantierter reiner Bienenhonig, Engroßpreis.

Fleischerei.
Geln, Georg, Schmeldestr. 332.

Glas- und Porzellanhandlung.
Großer, Oswald, Ring 110.

Hüte, Mützen, Putz u. Wollwaren.
Großmann, Carl, Mgl. b. Rab. Sparr.

Kleider und Schuhwaren.
Schumann, Oskar, Tempelpl. 13, 1.

Kleiderstoffe, Garderobe, Schabwar.
Rauhand W. Schumann, jetzt Ring 10.

Kolonialwaren, Bier, Zigarren.
Brenner, W., Preussstr. 10.

Schneid- und Wollwaren.
Dittig, W., Preussstr. 10, 11, 12.

Schuhwaren.
Dietmann, Gustav, Preussstr. 50.

Uhren- und Goldwaren.
Witsch, Gustav, Ring 24.

Zahn-Atelier.
Wilmert, Bruno, Ring 11.

Zuckerwaren, Sebakoloren, Kaffee.
Kengler, Ludwig, geb. Müller, Burgstr. 8.

Hundsfeld
Han- und Möbel Tischlererei.
Helmann, August, Breslaustr. 3, 4, 5, 6.

Fleischerei.
Friedrich's Nachf. (H. Friedl.), Markt 12.

Fabrikanten und Nähmaschinen.
Zwilling, W., Ring 6, (Kornel, Preussstr.).

Restaurateure.
Neuer Parkstr. 10, (Kornel, Preussstr.).

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Neugebauer, Richard, Schmeldestr.

Restaurateure.
Neuer Parkstr. 10, (Kornel, Preussstr.).

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Neugebauer, Richard, Schmeldestr.

Restaurateure.
Neuer Parkstr. 10, (Kornel, Preussstr.).

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Neugebauer, Richard, Schmeldestr.

Restaurateure.
Neuer Parkstr. 10, (Kornel, Preussstr.).

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Neugebauer, Richard, Schmeldestr.

Restaurateure.
Neuer Parkstr. 10, (Kornel, Preussstr.).

Corsethaus
Dressler, Friedrich, Frauenstr. 2, 3, 4, 5.

Dragen und Fahren.
Carthaus, Traug., Preussstr. 2, 3, 4, 5.

Eisen- und Stahlwaren.
Wahl, W., Altschstr. 10, 11, 12.

Erfrischungsgetränke.
Dittig, W., Preussstr. 10, 11, 12.

Fabrikanten, Nähmaschinen.
Dietmann, Gustav, Preussstr. 50.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Witsch, Gustav, Ring 24.

Galanterien und Spielwaren.
O'Brien, Richard, Nachf., Frauenstr. 20.

Kleiderwaren.
Witsch, Gustav, Ring 24.

Kinematograph.
Holla, Theater, Preussstr.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Holla, Theater, Preussstr.

Möbel- u. Holzwaren.
Holla, Theater, Preussstr.

Musik-Instrumente.
Wittig, H., Nachf. (H. Rabegast), Ring 40.

Obst- und Beeren-Weine.
Holla, Theater, Preussstr.

Papier, Schreibwaren u. Zigarren.
Deger, Carl, Neue Carthausstr. 70.

Photographisches Atelier.
Wohl, H., jetzt Preussstr. 28, L.

Spezial-Putzgeschäfte.
Saumgart, W., Mittelstr. 35.

Ro- u. Kleingewerbe.
Nichter, Eugen, Mittelstr. 51.

Sarg-Magazin u. Beerdigungsinst.
Gärtig, Emil, Frauenstr. 32.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Wohl, H., jetzt Preussstr. 28, L.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Wohl, H., jetzt Preussstr. 28, L.

Zigarren, Zigaretten.
Guder, Gustav, Breslaustr. 23.

Gross-Leubusch
Schuhwaren und Schuhmacher.
Witsch, Gustav, Ring 24.

Ludwigsdorf bei Oels
Fleischerei.
Hollmann, Julius, Ostbau.

Gr.-Mochbern-Schmiedefeld
Bäckerei und Konditorei.
Stobbe, Carl, (Kornel, Preussstr.).

Fleischereien und Wurstfabriken.
Witsch, Gustav, Ring 24.

Kolonialwaren, Drogen, Fahrrad.
Holla, Theater, Preussstr.

Restaurateure.
Holla, Theater, Preussstr.

Schneidwaren, Kolonialwaren.
Engel, W., Preussstr.

Kl.-Mochbern - Maria-Höfchen
Restauranteur.
Wittig, H., Nachf. (H. Rabegast), Ring 40.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Holla, Theater, Preussstr.

Neukirch-Hermannsdorf
Fleischereien und Wurstfabriken.
Witsch, Gustav, Ring 24.

Gemeinschaft.
Holla, Theater, Preussstr.

Restaurateure.
Holla, Theater, Preussstr.

Neumarkt
Bier-Brauerei, Bier-Verleger.
Holla, Theater, Preussstr.

Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau.
Bier, Ernst, Schmeldestr. ein Bierverlag.

Fleischerei, Wollwaren.
Holla, Theater, Preussstr.

Möbel, Konfektion, Schuhwaren.
Holla, Theater, Preussstr.

Kreusel, Karl, Ring
Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Dura, A., Nachf., Preussstr. 4.

Pats, Kurwaren, Wollwaren.
Holla, Theater, Preussstr.

Restaurateure.
Holla, Theater, Preussstr.

Qualkau
Bäckerei.
Grimmig, Fritz, Qualkau.

Fleischereien.
Guder, Gustav, Breslaustr. 23.

Rotsürben
Fleischerei und Wurstfabrik.
Holla, Theater, Preussstr.

Gemeinschaft.
Holla, Theater, Preussstr.

Restaurateure.
Holla, Theater, Preussstr.

Saarau
Bier- u. Schmeldegeräthe.
Holla, Theater, Preussstr.

Kolonial- und Eisenwaren.
Holla, Theater, Preussstr.

Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Holla, Theater, Preussstr.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Holla, Theater, Preussstr.

Schottwitz-Friedowalde
Restauranteur.
Holla, Theater, Preussstr.

Schwotzsch
Kolonial- und Gemischtwaren.
Holla, Theater, Preussstr.

Stoberau
Fleischerei und Wurstfabrik.
Holla, Theater, Preussstr.

Gemeinschaft.
Holla, Theater, Preussstr.

Ströbe-Zohlen.
Fleischerei u. Wurstfabriken.
Holla, Theater, Preussstr.

Fleischerei u. Wurstfabriken.
Holla, Theater, Preussstr.

Fleischerei u. Wurstfabriken.
Holla, Theater, Preussstr.

Fleischerei u. Wurstfabriken.
Holla, Theater, Preussstr.

Fleischerei u. Wurstfabriken.
Holla, Theater, Preussstr.

Fleischerei u. Wurstfabriken.
Holla, Theater, Preussstr.

Fleischerei u. Wurstfabriken.
Holla, Theater, Preussstr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. September.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten waren auch in der Sitzung am Donnerstag sehr fleißig; reichlich 80 Vorlagen, also noch mehr als am Montag, haben sie meistens endgültig erledigt. Freilich sind darunter etwa 50 Rechnungsprüfungen, Erinnerungen und Etatveränderungen, die nicht einzeln zur Beratung gestellt, sondern im ganzen verabschiedet wurden.

Die erste bedeutende Vorlage: die Veränderungen des Ortschafts für das Gewerbegericht, brachten eine lebhaftere Aussprache. Der Berichterstatter, Dr. H. J. J. (Merikal) trat für die Magistratsanträge ein, die in ihrem wesentlichen Teile als ein Erfolg der Arbeit der Kommission anzusehen ist. Seit Jahren klagten diese über eine zu starke Belastung mit Streitfachen in jeder Sitzung, und verlangten eine zweite Kammer. Dann wünschten sie eine Entschädigung von 6 Mark, ohne Rücksicht darauf, wie lange an einem Tag verhandelt wird, und schließlich sollte die Gewerbegerichts-Sitzung an einem Sonntag sein. Herr H. J. J. meinte auch zugeben, daß der Vorliegende und die Bestreuer mit Streitfachen überladen sind, sodas die Verhandlungen oft bis 3, 4 und 5 Uhr nachmittags dauern, und er empfahl auch 6 Mark Gebühren, im Gegensatz zum Magistrat, der diesen Betrag nur für die Fälle verschlägt, wo die Termine über 12 Uhr mittags hinaus anhalten. Aber mit der Sonntagswahl kann sich der fromme Rechtsanwalt nicht befremden. Der Sonntag, so erklärte er, das ist der „Tag des Herrn“, der darf durch die „sozialen Klumpen“ niemals entweiht werden. Ja, der „Tag des Herrn“! Ein Sitzungsziel für die Gewerbegerichts-Verfahren, der entheiltigt ihn; aber wenn Tausende und Abertausende von Arbeitern und Angestellten in Industrie und Handel an diesem Tage arbeiten müssen, dann regen sich die frommen Herrschaften darüber nicht auf; das muß so sein, der Gewinn der Unternehmer und Handelsherren, der könnte ja geschmälert werden.

Auch sonst wäre zur Rede des Herrn Rechtsanwalts noch manches zu sagen. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, womit das Gewerbegericht beim Verhandeln zu rechnen hat und behauptete, daß keine Rechtsanwalte zugelassen sind. Wollte Herrschel damit sagen, daß es schneller ginge, wenn erst die Herren Anwälte die Parteien vertreten? Wir glauben es nicht, und denken dabei an so manche Auseinandersetzung in der Stadtverordneten-Versammlung, die dann besonders in endlose Länge und Breite und Unklarheit geriet, wenn die Herren Juristen die Hauptbeteiligten waren. Kommen erst die gelehrten Herren aufs Gewerbegericht, so dürfte es wohl um die schnelle Rechtsprechung in den gewerblichen Streitfachen für immer geschehen sein, und die Arbeiter, die armen Leute, die auf jeden Pfennig mit Schmerzen warten, sie hätten lieber das Nachsehen.

Unser Genosse Brosig blieb dem Juristen Herrschel auch nichts schuldig. Er begrüßte die Magistratsvorlage, soweit sie eine zweite Kammer schaffen und höhere Gebühren bezahlen will, erinnerte aber den Berichterstatter daran, daß er und seine Freunde noch stets die völlige Sonntagruhe in den Fabriken und Läden verweigern haben, weshalb es sich sehr sonderbar ausnehme, ihn jetzt den „Tag des Herrn“ verteidigen zu sehen. Die Magistratsvorlage wurde dem Wahl- und Verfassungsausschuß überwiesen, nachdem noch der konservative Stadtverordnete Uhr die Sonntagswahl verworfen und Herr Heilberg betont hatte, daß er sich nur aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Wahl an einem Sonntag entscheiden könnte. Nun, im Ausschuß dürfte darüber noch ein Wort gesprochen werden.

Der alte „Goldene Zepher“, dieses schöne, teure Wohnhaus auf der Schmiedebühne, verfiel dann die Gemüter wieder kurze Zeit in Aufregung. Herr Sternagel-Saase ist mit den Umbauten gar nicht zufrieden, und wünscht vor allem, die Schanzräume besser anzulegen. Sein Fraktionsgenosse Tilgner versuchte zu beschwichtigen und hat um endliche Zustimmung. Doch der dritte Liberale, Herr J. J. J., der griff von neuem recht herbe zu und nannte den „Goldenen Zepher“ einen großen Schutthausen und eine alte Ruine, die man für 1913 wohl notwendig herrichten möge, dann aber 1914 niederreißen soll, statt noch weiteres Geld hineinzustecken. Daß die Zepher-Begeisterung gründlich verloschen ist, zeigte die Abstimmung. Der Antrag von Sternagel-Saase, die Sache nochmals dem Bauausschuß zu überwiesen, wurde zwar abgelehnt, aber das Ausschlußgutachten auch nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Die Magistratsmitglieder sagten nichts.

Von den zwei Einsprüchen gegen die Wählerliste, worüber die Entscheidung ausgefallen war, ist der des Tapferers Brand als berechtigt angesehen worden, sodas dieser nachgetragen wird; der Gastwirt Stanik kommt dagegen nicht in die Liste, weil er nicht ein Jahr in Breslau ist, und das Hausbesitzersein allein nicht genügt, um wahlberechtigt zu werden. Genosse Müller war bemüht, diesem Bürger nach § 6 der Stadtverordnung das Wahlrecht zu sichern, aber es half nichts.

Gegen das Ende der Sitzung gab es noch eine fast heitere Redebühne über die Plattform für Simons-Beobachtungen im Erweiterungsbau des Elisabeth-Gymnasiums. Herr Müller I legte sich gewöhnlich ins Zeug und schalt über die „Storbelegere“, womit man jetzt noch die

höheren Schüler belasten wolle. Das sei alles nicht nötig, meinte der weitblickende Mann, von dem man ja weiß, daß er früher einmal ebenso tapfer gegen das Einbauen von Klosetts in ein Volksschulhaus geistert hat. Nach einem halben Duzend Reden und Gegenereden, bei denen auch zwei Magistrats-Mitglieder beteiligt waren, wurde die Vorlage angenommen und damit auch die „Plattform“ bewilligt, die 1200 Mark kosten wird.

Als der Vorsitz, Herr Freund, die Sitzung kurz vor 7 Uhr schloß, war die Tagesordnung so gut wie aufgearbeitet; nur wenige Nummern blieben unerledigt. Wovon im einzelnen verhandelt wurde, das sagt der folgende Bericht.

Veränderungen am Gewerbegericht.

Berichterstatter Stadtv. Herrschel (Mer.): Es handelt sich um eine zweite Kammer beim Gewerbegericht, um eine Erhöhung der Rechtsgebühren und um den Antrag des Arbeitnehmers, die Wahlen an einem Sonntag vorzunehmen. Die zweite Kammer wird notwendig durch die Geschäftslage, d. h. die vielen Sachen, die zu verhandeln sind. Die Zahl der Streitfachen ist sehr gestiegen und zwar sowohl beim Gewerbegericht, wie beim Kaufmannsgericht. Die einzelnen Sitzungen sind auch verhältnismäßig lang, was bei den Bestreuer, die hoch feine Verfassungskunde, von Bedeutung ist. Manche Sitzungen dauern bis 3, 4 und 5 Uhr nachmittags, was eine große Belastung ist. Dazu kommt noch, daß Anwälte vor dem Gewerbegericht keinen Zutritt haben; dieser Mangel ist bei der vorgeschlagenen Reform auch zu berücksichtigen. Ferner werden auch noch Vorverfahren abgehalten, sodas eigentlich so gut wie gar keine Tage frei sind. Bedenkt man, daß das Gewerbegericht noch als Einmännlein tätig sein muß, eine Angelegenheit, die ich fast noch höher schätze, als die Sprachfähigkeit, in welcher eine zweite Kammer errichtet werden. Wegen der Gebühren möchte ich beantragen, für alle Sitzungen 6 Mark zu geben und damit dem Antrag der Arbeitnehmerseite gerecht zu werden. Ich bin aber ein Gegner der Gewerbegerichtswahlen an Sonntagen, da mich sind grundsätzliche Dinge maßgebend. Der Sonntag ist für mich der Tag des Herrn und die sozialen Mängel sollen an Sonntagen nicht vorzunehmen werden. Es kann nicht gesagt werden, daß ja Anwesenheiten an Sonntagen vor sich gehen, dabei ist es wohl viel ruhiger als bei den Gewerbegerichtswochen. Lassen Sie doch durch den Arbeiter den freien Sonntag, was ich besonders Herrn Zimmer sagen möchte, der ja sonst für den freien Sonntag eintritt.

Stadtv. Brosig (Soz.): Wir sind überrascht davon, daß sich die Ausführungen des Herrn Herrschel bis auf einen Teil mit den unseren decken. Es geht aber in Breslau mit unseren Anträgen auch beim Gewerbegericht sehr langsam. Herr Herrschel ist gegen Sonntagswahl. Er ist der Meinung, daß er den Sonntag „Tag des Herrn“ nennt, sonst aber für den freien Sonntag nicht eintritt. Das Wahlen an Sonntag ist keine Arbeit, das macht jeder gern. Die Bezahlung der Richter war immer unzulänglich. Ich habe dagegen schon als Richter immer angeknüpft. Unsere Richter sind gelehrte Arbeiter, die es verdienen, daß sie mit 6 Mark Gehalt bezahlt werden. Eine Sitzung von 12 Uhr mittags an wäre wünschenswert. Ich war jahrelang Richter beim Reichsverkehrsamt und habe dort stets die Gebühren der Richter erhalten. Die Richter sollen 6 Mark erhalten, ganz gleich, wie lange die Sitzung dauert. Dem Ausschuß bitte ich, meine Anträge anzunehmen.

Stadtv. Heilberg (Lib.): Ich bitte den Magistrat, uns mitzuteilen, wie lange die Sitzungen dauern. Die Wahl an Sonntag ist für mich keine Preisfrage, sondern eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Ich würde nur für den Sonntag sein, wenn die Wahlberechtigung sich dadurch steigerte.

Stadtv. Uhr (Konf.): Die Gewerbegerichts-Sitzungen waren meistens von 2 Uhr an Ende, in der letzten Zeit dauerte es aber oft bis 4 und 5 Uhr. Nur eine Sitzung der Gebühren bin ich nicht so ganz gerechtfertigt, wenn die Gebühren allgemein erhöht werden, denn die Richter können am Sonntag ihren Beruf nicht mehr nachgehen. Die Wahlen sollen nicht am Sonntag abgehalten werden. Die Richter sind bei der Wahl immer auf ihre Rechnung gekommen; sie konnten das Wahlrecht immer ausüben.

Die Vorlage wird mit den Anträgen des Stadtv. Brosig dem Wahl- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Vor dem Hause Karlsstraße 23 wollte der Magistrat Läden errichten. Der Bauausschuß empfahl, den Magistratsantrag abzulehnen, wobei er den Magistrat ersucht wissen wollte, die Verpackung des Grundstücks am 25. Jahre zu auszubringen, daß die Bewahrung der Kosten des Richters geschieht und das behaute Grundstück nach Ablauf der Bauzeit kostenfreies Quantum der Stadtkasse wird. Die Versammlung trat diesen Anträgen ihres Ausschusses bei, bewilligte aber 1200 Mark für den bereits ausgeführten Anbau und Anfrucht der Grundstücke.

In das Straßensystem der künftigen Springergasse hinter der Friedrichstraße fällt ein Grundstück, das für 818 Mk. angekauft werden soll. Die Sache ging an den Grundbesitzers-Ausschuß.

Der Magistrat beantragte, im Hause Wilschstraße 19 Räume für Schulzwecke zu mieten und die Miet- und Umbaukosten von 930 Mk. zu bewilligen. Die Versammlung stimmte dem zu.

Die Versammlung war damit einverstanden, daß der abgeänderte Fluchtlinienplan der verlängerten Rothschiffenstraße zwischen Menzelstraße und Straße 93 förmlich festgestellt wird.

Die Magistratsvorlage über den Ankauf einer 64 Quadratmeter großen Fläche vor dem Grundstück Sternstraße 5/7/9 wurde ohne weiteres angenommen.

Der Magistrat hat den Bauantrag für das Gebiet zwischen Lednauer, Försterstraße, Waisenhausstraße, Michaelisstraße und Walschkepark abgelehnt. Die Vorlage wurde dem Grundbesitzers-Ausschuß überwiesen.

Ein neue Röntgen-Durchleuchtungs-Anlage wird im Allerheiligen-Hospital gebraucht. Die Versammlung bewilligte hierfür 7000 Mark.

Der Magistrat beantragte den Umbau der Gebäude Wetzendamm 18/24 zu einem Wohnhaus und einer Sozialgerichte. Den Kosten von 9900 Mark stimmte die Versammlung zu.

Der Magistrat beantragte den Ankauf des Vorlandes der Grundstücke Dobruchufer 11, 16 und 18 von Breite von 6900 Mk. Die Versammlung war damit einverstanden. (Referent: Stadtv. Jeron.)

Die Magistratsvorlage über Ankauf von Grundstücken in der Nikolavorkstadt, die zur Anlage von Zufahrtstraßen nach dem projektierten Verdonenbahnhof an der Frankfurter Straße erforderlich sind, wurde genehmigt.

Volkswacht und Fischerstraße in der vorläufig nur mäßigen Breite von 11 bis 13 Metern ausgebaut werde. Ohne Ausbuchtung war die Veranlassung damit einverstanden.

Das städtische Grundstück Gabelstraße 55/Historia-Platz 47, 48, 51 Schwerinstraße 39, 40/1, einem Baugeländeauftrag entprechend, an den Kaufmann Eugen Bujalowitsch für 185.000 Mk. verkauft worden.

Der Bau eines Rathhauses im großen botanischen Schulgarten wurde genehmigt; er soll 20.500 Mk. kosten.

Das zu den Grundstücken Hirttenstraße 90 und 92 gehörige, vor der Anbahn liegende Land wurde zum Preise von 10 Mk. pro Quadratmeter erworben.

Aus den Ueberresten der städtischen Sparkasse soll u. a. auch an der Malleerstraße ein Wohnfahrts Haus gebaut werden. Die Versammlung nahm den dahingehenden Antrag des Bauausschußes an.

Die Errichtung einer Mobilisierungs-Halle auf dem Grundstück der städtischen Arbeiterkassenspar- und Sparkasse wurde genehmigt. Die Versammlung erteilte ihre Zustimmung zum Bau, der 70.660 Mk. kostet.

Die Rente bei der Einführung des neuen Überholgermeisters wurde ohne Aussprache beschlossen.

Das Magistrats-Bureau XII, Derrenstraße 28 (Versicherungsamt) braucht mehr Arbeitsräume; sie sollen, womit die Versammlung einverstanden war, für 1250 Mark jährlich gemietet werden.

Die Vorlage des Magistrats über Einrichtung von besonderen Lehrgängen zur Vorbereitung von Volksschulchreien auf die Mittelschulberufung wurde genehmigt.

Ein Schulhaus für schwachbehinderte Kinder nebst Haushaltungsschule und einer Leuchtturm auf dem Grundstück Poststraße 46/48 für 280.000 Mk. errichtet werden. Die Vorlage ist dem Bauausschuß zur Vorbereitung überwiesen worden.

Der getränkte Gypfator.

Der frühere Pastor Nitschke in Breslau, jetzt Redakteur der Schlesischen Morgenzeitung und konservativer Parteiführer, hat über die gehäufte Volkswacht einen „Zettel“ geschrieben. Dieser Zettel, der täglich gegen alles, was organisierter Arbeiter, Sozialdemokrat und Gewerkschaftler, abgibt vom Feder nicht und oft genug bescheinigt erhebt, daß er andere schwer beleidigt hat, er schloß sich durch einen Artikel der „Volkswacht“ „beleidigt“ und erreichte es auch, daß Genosse Oronsky zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Ob dem streitbaren Pastor nun wohl zu Mut ist? Wir beweisen es. Er ahnt wohl, was da kommen würde. Denn in Wirklichkeit war nicht Oronsky der Angeklagte, wenn Herr Nitschke, der es seinem Rechtsanwalt überließ, vor Gericht zu erscheinen, während er selbst wohl ab vom Schiffe blieb und durch Abwesenheit glänzte.

Am 20. März 1912 erschien in der „Volkswacht“ ein Artikel, der sich mit der Breslauer Oberbürgermeisterwahl beschäftigte. Vorher hatte Pastor Nitschke in der „Schlesischen Morgenzeitung“ die Wahl erörtert und von „sozialistischer Parteiklausenpolitik“ gesprochen, weil die „Volkswacht“ mitgeteilt hatte, zuständige Stellen hätten sich bei Herrn Oronsky in Wöhlsberg erkundigt, ob er Lust habe, Breslauer Stadtdirektor zu werden. Da der Wahl- und Verfassungsausschuß der Breslauer Stadtverordnetenversammlung, wo alle Parteien vertreten sind, tatsächlich beauftragt wurde, in der Angelegenheit Erkundigungen in Wöhlsberg einzuziehen, schrieb er mir damals, Pastor Nitschke könne wohl die geschäftsordnungsmäßige Erledigung der Dinge nicht; er hätte sich, ehe er den Pastor beleidigt und strengte gegen unseren damaligen Verantwortlichen, Genossen Oronsky, die Privatklage an.

Und das tat Herr Nitschke, von dem bekannt ist, wie maßlos und scharf er über seine politischen Gegner verzieht. Da die „Schlesische Morgenzeitung“ die „Volkswacht“ wiederholt schwer beleidigt hat, erhob Genosse Oronsky gegen Nitschke die Privatklage. In einem „sozialpolitischen Rundschau“ überdies, den Nitschke, der in der „Schlesischen Morgenzeitung“ erschienen, wurden Ausführungen der „Volkswacht“ als „geschwollene Phrasen“ bezeichnet. In einem anderen Artikel, der sich „Es war nur der Anfang“ betitelte, wurde von der „Volkswacht“ als „Kläuffer in der Provinz“ gesprochen, der das Gebell des „Vorwärts“ nachheule“. In einem Artikel mit der Überschrift: „Die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abgeordneten Weiner und Vorwärts“ wurde der „Volkswacht“ die niedrigste Gefinnung und Taktlosigkeit vorwerfen. Von der Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit behauptete Pastor Nitschke wieder in einem anderen Artikel, „daß die Sozialdemokraten die ruppigsten und ordnunglosen Gesellen der sogenannten roten Internationale sind“. Hier ist bemerkt, daß diese Behauptung offenbar nur auf die Redakteure der „Volkswacht“ gemünzt war, weil sich der fragliche Artikel in der Einstellung mit der „Volkswacht“ auseinandersetzte. Die Privatklage hat das Amtsgericht durch den in der Sache zuständigen Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Stein, anfangs als unzulässig zurückgewiesen zur Widerklage stellen, die gegen die „Volkswacht“ als Zeitung beantragt worden sind. Hätten sich die Beleidigungen gegen einen bestimmten Redakteur gerichtet, so wäre die Widerklage vielleicht zulässig gewesen.

Der Verteidiger des Genossen Oronsky, Rechtsanwalt Wandmann, hat aber gegen den Beschuldigten sofort Beschwerde eingelegt und damit die Zulassung der Widerklage durchgesetzt, deren Abweisung schon deshalb rechtlich unzulässig war, weil nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung über Klage und Widerklage erst im Urteil entschieden werden darf, nicht aber vor der Hauptverhandlung. Gleichzeitig lehnte der Verteidiger noch vor der Hauptverhandlung den erwähnten Amtsgerichtsrat Stein wegen Befangenheit ab. Herr Stein hat einmal und zwar in der Beleidigungssache Schlegel wider Wandmann entschieden, in sozialdemokratischen Zeitungen und Flugblättern seien beschimpfende Neußerungen „allgemein üblich“ und an der Tagesordnung“ und daß sich deshalb ein Sozialdemokrat nicht beschweren dürfe, wenn ihm von einem Nichtsozialdemokraten ebenso entgegengesetzt werde. Dieses Urteil ist von der dritten Strafkammer später aufgehoben worden. Das Ablehnungsgesuch wurde jedoch abschlägig beschieden, da sich Herr Stein als unparteiisch erklärte.

Ueber die Klage des Pastors Nitschke und die vom Genossen Oronsky angebrachte Widerklage verhandelte am Donnerstag das hiesige Schöffengericht. Vorsitzender war Amtsgerichtsrat Stein. Pastor Nitschke, der persönlich zur Hauptverhandlung nicht erschienen war, ließ sich durch den Rechtsanwalt Dr. F. J. J. vertreten. Genosse Oronsky, der gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von drei Monaten wegen angeblicher Ministerbeleidigung in Kleschlau verbüßt, war zum Termin persönlich anwesend, da er 12 Stunden Urlaub erhalten hatte; Rechtsanwalt Wandmann war sein Verteidiger. Rechts und links vom Vorsitzenden saßen als Schöffen die Herren Arthur Barasch und Böhmer (genannt Käpffhörn). Rechts-

...von 20 Pf. ...

Der Magistrat meinte gegenüber der Klage, das Langgeld von 20 Pf. bei einem Anzinsen sei dem Eintrittsgeld für die Teilnahme an der Veranstaltung zuzurechnen, jedoch sogar für den einen Teil der Teilnehmer mehr als 20 Pf. für eine Person herauskämen, und die Langgelder als „die Stelle von Karten vertretende sonstige Ausweise“ im Sinne der Luftbarkeitssteuerordnung zu betrachten wären. Da diese Voraussetzungen der Kartensteuer aber nur auf einen Teil der Besucher, nämlich auf die am Tanz beteiligten Männer, zuträfen, so habe nach § 7, außer der vom Wirt gezahlten Pauschalsteuer von 10 Pf. auch noch eine Kartensteuer erhoben werden können. Und wenn sie der Magistrat auf 20 Pf. festsetze, so sei er dazu berechtigt nach § 6 der Steuerordnung, dessen § 12 besage: „Nichts als für die Höhe des Steueranspruchs maßgebende Anzahl der ausgegebenen steuerpflichtigen Eintrittskarten nicht nachgewiesen wird, ist die für die betreffende Veranstaltung zu entrichtende Kartensteuer durch den Magistrat in einer Gesamtschätzung innerhalb der Grenzen von 20 bis zum Mark festzusetzen.“

Der Bezirksausschuß zu Breslau schloß sich der Ansicht des Magistrats an und wies die Feststellungsakte des Genossen Endt ab.

Endt legte beim Ober-Verwaltungsgericht in Berlin Revision ein und machte unter anderem besonders geltend, daß es sich bei dem Langgelder nicht um „Ausweise“ im Sinne der Steuerordnung handele und das Langgeld nicht als Eintrittsgeld angesehen werden könne, sondern nur als Ersatzung einer besonderen Leistung, nämlich der Teilnahme am Tanz. Der § 7 sei von Magistrat und Bezirksausschuß registriert ausgelegt worden.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Revision Endts mit folgender Begründung ab: Die Bestimmungen der Steuerordnung, wonach unter bestimmten Voraussetzungen Pauschalsteuer und daneben noch Kartensteuer erhoben werden könne, seien gültig und hier auch mit Recht angewandt worden, da ein Teil der Teilnehmer, nämlich die am Tanz teilnehmenden Herren, Langgelder für 20 Pf. hätten entnehmen müssen. Zweifelslos seien bei einem Tanzanzen die Langgelder als „Ausweise“ anzusehen, die an Stelle von Eintrittskarten träten. Alle Voraussetzungen für Erhebung von Pauschalsteuer und zugleich von Kartensteuer seien vorliegend gegeben.

Der Magistrat meinte gegenüber der Klage, das Langgeld von 20 Pf. bei einem Anzinsen sei dem Eintrittsgeld für die Teilnahme an der Veranstaltung zuzurechnen, jedoch sogar für den einen Teil der Teilnehmer mehr als 20 Pf. für eine Person herauskämen, und die Langgelder als „die Stelle von Karten vertretende sonstige Ausweise“ im Sinne der Luftbarkeitssteuerordnung zu betrachten wären. Da diese Voraussetzungen der Kartensteuer aber nur auf einen Teil der Besucher, nämlich auf die am Tanz beteiligten Männer, zuträfen, so habe nach § 7, außer der vom Wirt gezahlten Pauschalsteuer von 10 Pf. auch noch eine Kartensteuer erhoben werden können. Und wenn sie der Magistrat auf 20 Pf. festsetze, so sei er dazu berechtigt nach § 6 der Steuerordnung, dessen § 12 besage: „Nichts als für die Höhe des Steueranspruchs maßgebende Anzahl der ausgegebenen steuerpflichtigen Eintrittskarten nicht nachgewiesen wird, ist die für die betreffende Veranstaltung zu entrichtende Kartensteuer durch den Magistrat in einer Gesamtschätzung innerhalb der Grenzen von 20 bis zum Mark festzusetzen.“

Der Bezirksausschuß zu Breslau schloß sich der Ansicht des Magistrats an und wies die Feststellungsakte des Genossen Endt ab.

Endt legte beim Ober-Verwaltungsgericht in Berlin Revision ein und machte unter anderem besonders geltend, daß es sich bei dem Langgelder nicht um „Ausweise“ im Sinne der Steuerordnung handele und das Langgeld nicht als Eintrittsgeld angesehen werden könne, sondern nur als Ersatzung einer besonderen Leistung, nämlich der Teilnahme am Tanz. Der § 7 sei von Magistrat und Bezirksausschuß registriert ausgelegt worden.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Revision Endts mit folgender Begründung ab: Die Bestimmungen der Steuerordnung, wonach unter bestimmten Voraussetzungen Pauschalsteuer und daneben noch Kartensteuer erhoben werden könne, seien gültig und hier auch mit Recht angewandt worden, da ein Teil der Teilnehmer, nämlich die am Tanz teilnehmenden Herren, Langgelder für 20 Pf. hätten entnehmen müssen. Zweifelslos seien bei einem Tanzanzen die Langgelder als „Ausweise“ anzusehen, die an Stelle von Eintrittskarten träten. Alle Voraussetzungen für Erhebung von Pauschalsteuer und zugleich von Kartensteuer seien vorliegend gegeben.

Stettin. Montag, den 23. September, nachmittags
Gemeindevertretung in der Wohnung des Gemeindeführers.

Rundblick über die Fleischsteuer
Was sagt das Zentrum dazu?

Acht Korporationen der Nachener landlichen Arbeiterschaft richteten an den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten eine Eingabe, in der um Festlegung der Fleischsteuer gebeten wird. Die Eingabe mit Bedauern sei, daß die Regierung trotz der bereits vergangenen Jahre vorausgesagten und jetzt zur Wirk gewordenen Teuerung nichts getan hat, um entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Tabelle Ware.

Das vom Dresdener Magistrat eingeführte deutsche Rindfleisch gelangte Mittwoch zum ersten Male zum Verkauf. Für Suppenfleisch stellte sich der Verkaufspreis auf 75 Pf., Beefsteak und Mett auf 95 Pf. Die eingeführte Ware ist tadellos und findet sehr flotten Absatz.

Bescheidene behördliche Maßregeln.

Die „Neue Politische Korrespondenz“ erklärt, wird Vorlage der preussischen Staatsbahnverwaltung über Verlängerung des Ausnahmetarifs für Fleisch und fischelastisches Vieh von dem demnächst zusammengetretenen Landeseisenbahnrat verhandelt werden.

Maßnahmen der Kommunen.

Die Stadtverordneten in Lüdenscheid l. West wählten auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion einen Stadtvorstand, die gemeinsam mit dem Magistrat Schritte zur Änderung der Fleischsteuer unternehmen wollen.

Der Danziger Magistrat wendet sich an den Reichsanwalt mit der Bitte, dafür einzutreten, daß aus Rußland 200 Schweine in plombierten Wagen zum sofortigen Verschiffen in das städtische Schlachthaus zu Danzig eingeführt werden dürfen, ferner, daß die Einfuhr von Geflügel aus Ungarn und Australien möglichst erleichtert, der Zoll für diese Einfuhr möglichst vorübergehend aufgehoben und die Untersuchungsgebühr ermäßigt werden. Eine zweite Bitte richtete an Landwirtschaftsminister gerichtet.

Das Agrarierblatt wird ohnmächtig.

Aus Wien wurde berichtet, daß der Landwirtschaftsminister den hiesigen Agrarierpräsidenten ermächtigt habe, die nachmalige zur Einfuhr von Schlachttiere aus Oesterreich-Ungarn nach Polen zur altschlesischen Abfertigung in dortigen Schlachthäusern widerrechtlich zu erteilen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hierüber sehr ungenügend. Aus Mangel an sonstigen Gründen gegen die obige Maßnahme kommt das Agrarierblatt mit der Forderung der Einfuhr des Auslands und mit der Möglichkeit, daß auch fertiges Vieh über Oesterreich nach Deutschland kommt. Aus ob dem ein Mitglied für Deutschland kein wirt Kapfen stößt das Blatt einen Text: „Im Lande wird nicht das Schicksal wohl nicht ermeßlich können, als ob das geüben sei, um dem Gleichgewicht ein gewisses Zugeständnis zu machen.“

Die Tanzschleife als Eintrittsgeld.

Die Breslauer Luftbarkeitssteuerordnung vom Jahre 1910 mit ihrer Kartensteuer, Pauschalsteuer und anderen Gebühren, hat in allen Vereinen die größte Verwirrung angerichtet. Kein Mensch weiß jetzt, woran er ist und der Magistrat legt die Ordnung aus, wie es ihm am besten paßt.

Unser Genosse Endt im Distrikt 7 des Sozialdemokratischen Vereins war vom Magistrat als Veranstalter eines Sommerfests-Anzinsens mit 20 Mark zur Kartensteuer verurteilt worden, obwohl der Wirt des Festlokals bereits eine Pauschal-Luftbarkeitssteuer gezahlt hatte. Endt klagte auf Freifreiung von der Karten- oder Billettsteuer und bestritt die Verpflichtung dazu. Die Zahlung der Pauschalsteuer durch den Wirt genüge. Die Verordnung sehe eine Kartensteuer und eine Pauschalsteuer vor. Im § 2 werde bestimmt: „Die Steuer (von Luftbarkeiten) wird erhoben, soweit der Zutritt zur Veranstaltung von der Lösung von Eintrittskarten oder der Stelle solcher vertretenden sonstigen Ausweise zum Preise von 20 Pf. und darüber abhängig ist, in der Form der Kartensteuer, im übrigen nach Pauschalsteuer.“ Nach dieser Bestimmung müsse im vorliegenden Falle die Billett- (Karten-) Steuer ausfallen, denn die ausgegebenen Karten hätten nicht den im § 2 zumindest vorausgesetzten Preis von 20 Pf. erreicht. Die Männer hätten vielmehr nur 10 Pf. und die Damen 10 Pf. gezahlt. Die 20 Pfennige für die Tanzschleife, die jeder Herr zahlen mußte, der mitanzugehen wollte, seien kein Eintrittsgeld und kämen nicht in Betracht. Somit sei eine Kartensteuer überhaupt nicht verwirklicht und es scheide darum auch aus die Anwendbarkeit des vom Magistrat mit herangezogenen § 7, in welchem bestimmt sei: „Für die Veranstaltungen usw. wird, wenn sie für alle Teilnehmer ohne einen Kartensteuerverpflichtigen Ausweis zugänglich sind, an Stelle der Kartensteuer, und soweit ein Teil der Teilnehmer der Eintritt ohne einen solchen Ausweis oder gegen einen Ausweis von weniger als 20 Pf. gestattet ist, neben der Kartensteuer eine Pauschalsteuer erhoben.“

*** Die Beschlussschammer des Oberberufungsamts**
Breslau (früher Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung) ist wie folgt besetzt worden:

1. Vorsitz aus der Zahl der Arbeitgeber:
Kaufmann Eugen Ehrlich in Breslau, Blichervogel 1a.
Stellvertreter:
1. Gutachter Ludwig Pampel in Groß-Mochern, Kreis Breslau,
2. Kaufmann Arthur Barasch in Breslau Kaiser-Wilhelm-Platz 11,
3. Rittergutsbesitzer Dr. Siegfried Klaus in Pilsnitz, Kreis Breslau.

II. Vorsitz aus der Zahl der Versicherten:
Schiffbauwerk Berthold Weese in Breslau, Torwarckstr. 78.
Stellvertreter:
1. Tischler Hermann Scholz in Breslau, Plebanstraße 20,
2. Tischlergeselle Gustav Würfel in Breslau, Weissenburger Straße 9,
3. Zimmergeselle Richard Wilschke in Breslau, Schillerstraße 3.

Vom deutschen Arbeitsmarkt. Der Monat August hat eine weitere Verringerung des Beschäftigungsstandes von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt gebracht. Es kamen im Berichtsmontat bei den an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden Arbeitsnachweiser auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 112,7 Arbeitsuchende. Das bedeutet gegen Juli eine Erleichterung um 9,7. Im August 1911 war die Andrangsziffer von 110,6 auf 107,5 zurückgegangen. Es besetzt also noch immer eine Mehrbelastung des Arbeitsmarktes im Vergleich zum Vorjahre.

Aus dem Landkreise.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 1. bis 7. September 1912 erkrankten an Scharlach: in Neuplitz, Wilschwin und Bartlieb je 2 Personen; in Klein-Bandau, Klein-Mochern und Schmalz je 1 Person; an Flecktyphus in Tschornitz 1 Person. — Gestorben an Lungentuberkulose im Pflegehaus Gertrudensch 1 Person.

Partie. Der Frauenabend war leider nicht gut besucht. Genossin Wellrich hielt einen Vortrag gegen Fleisch fütterung und den Lebensmittelmischer, der großen Beifall fand. Als Leiterin der Frauenabende wurde Genossin Scholz gewählt. Nachdem einige Freiheitslieder gesungen worden, schloß der Frauenabend um 10 1/2 Uhr.

Maria-Hörschen. Die Frauenversammlung war von 39 Genossinnen und 6 Genossen besucht. Genossin Richter, der einen Vortrag hielt über die Frauen und unsere Presse, folgten alle Zuhörer sehr aufmerksam. Der Redner legte den Frauen ans Herz, die bürgerlichen Mütter aus dem Hause zu schaffen und nur die Arbeiterpresse, die „Volksmacht“, zu halten, denn nur sie ist es, die das Wohl der Arbeiter und ihrer Frauen allseitig vertritt. Genossin Richter ermahnte die Frauen, auch in der Konjunkturbewegung ihre Pflicht zu tun und neue Mitglieder zu werben. Als Leiterin der Frauenabende wurde Genossin Linkert in Klein-Mochern und als Stellvertreterin Genossin Scholz in Neuplitz gewählt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und ein paar Liedern schloß die erste Frauenversammlung in unserem Distrikt, die sehr schön verlaufen ist.

Leier? Bevorzugt bei Eueren Einkäufen unsere ...
serenten und die Adressen des Bezug
Quellen-Verzeichnisses.

für
Qualitätsraucher:

Joseph
VERA
Cigarette
3
Pf.

2644

Original-Phönix-
Nähmaschinen

für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kauflichen besonders geeignet. — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen

Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.

Auswärts franco
Bahnhofstation.

Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Möbel-Ausstattungen
von 200 Mk. an
-Fabrik, Friedr.-Wilhelmstr. 102
-Lager, Friedrich-Wilhelmstr. 62
H. Nowack. 2679

1893 Q

Ich hab's erkannt vor langer Frist
Urbin
der beste Schuhputz ist.
Fabrik: Urban & Lemm Charlottenburg

Anzüge chic und modern
in grösster Auswahl 2881

Mk. 15 Mk. 18 Mk. 20 Mk. 25

Hermann Friedländer
Inhaber: Siegfried Benjamin
Albrechtsstr. 11, Eingang auch Magdalenenpl.

Zu billigsten Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste

Schuhwerk 2298

owie die denkbar größte Auswahl in Stiefeln, Pflanz- und Gamaschen zu streng realen Preisen nur bei

Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,
Friedrich-Wilhelmstraße 32.

„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Wochenschrift. — Heft 10 Pf.

Uhren, Ketten, Ringe,
Broschen, Ohrringe etc. 2807

nur gutes Fabrikat zu billigen Preisen.
Spezialität: Fingerringe

Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. **39**

Kataloge über Uhren u. Goldsachen sowie Gemischtwaren gratis und franco.